Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12. Verlagspostamt 1040 Wien. Inland: Jahresabonnement S 150,-, Halbjahresabonnement S 75,-. Ausland: Jahresabonnement S 224,-, Halbjahresabonnement S 112,-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien, Telefon 0222/57-37-23. Redaktion: 1042 Wien, Postfach 52. Telefon: 0222/57-37-59. Journaldienst: Mo. – Fr. 18 – 19.30 Uhr.

Erscheint 14-tägig am Donnerstag | Preis S 5,-

2. Februar 1978 | 3. Jhg | Nr. 3

Kreisky reist nach Moskau

Die „Zusammenarbeit" mit dem russischen Sozialimperialismus führt zur verstärkten Abhängigkeit Österreichs

Bundeskanzler Kreisky wird im Februar nach Moskau fahren. Das letzte Mal war er 1974 in Moskau. Er kündigte diese Reise großsprecherisch an: Er werde in Moskau energisch für die wirtschaftlichen Interessen Österreichs eintreten und Aufträge und wirtschaftliche Vereinbarungen heimbringen, die Arbeitsplätze sichern und die Konkurrenzsituation Österreichs gegenüber den anderen westeuropäischen Staaten verbessern.

Zugleich aber stellt diese Reise eine Fortsetzung des „Strebens nach einer Vertiefung der unproblematischen Beziehungen zwischen Österreich und der UdSSR" dar (Außenminister Pahr im Nationalrat, Dezember 1977).

Betrachtet man die Sache aber nicht von der Warte eines österreichischen Außenministers, sondern von der Politik des sowjetischen Sozialimperialismus, so kann man sagen, daß sich diese Politik in wachsendem Maße auf die Außen- und Wirtschaftspolitik der österreichischen Regierung stützen kann.

Für die russischen Sozialimperialisten sind Fortschritte bei der Durchdringung Europas auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet Teilerfolge für deren Taktik, Westeuropa zu infiltrieren und Stück für Stück zu erobern, um so noch vor der offenen Konfrontation mit den USA die eigenen strategischen Positionen zu verbessern.

Die russischen Sozialimperialisten fördern zu diesem Zweck alle jene politischen Kräfte innerhalb der imperialistischen Bourgeoisien Westeuropas, die auf eine Entspannung zwischen den beiden Supermächten und eine Beschwichtigung der aggressiveren Sowjetunion setzen.

In Österreich gibt es gerade auf dem Gebiet der Außenpolitik keine nennenswerten Differenzen, weder innerhalb der Bourgeoisie noch zwischen deren politischen Parteien. Diese Tatsache ist Resultat der internationalen Stellung der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs. Sie hat ein Interesse daran, den Krieg möglichst hinauszuschieben, da sie mit dem Kriegsausbruch nur zu verlieren hätte und nur im Klima der Entspannung zwischen den beiden Supermächten ihre internationale Bedeutung in der imperialistischen Konkurrenz erhöhen kann. Diese Interessenslage der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs ist die Grundlage für die besondere Hartnäckigkeit der Entspannungs- und Beschwichtigungspolitik der Regierung und der großen bürgerlichen Parteien. Diese Beschwichtigungspolitik beruht auf der illusionären Hoffnung, den sowjetischen Sozialimperialismus mit einigen Zugeständnissen abspeisen zu können bei gleichzeitiger Zersetzung seines Machtbereiches durch ökonomische und ideologische Infiltration. Daher setzt diese Politik auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit ihm, um dadurch eine solche Lage zwischen den westeuropäischen Staaten und dem Sozialimperialismus zu schaffen, in der solche „Verhaltensregeln festgelegt werden, deren Verletzung mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringt, so daß deren Einhaltung auch im eigenen Interesse gelegen ist und durch die Intensivierung der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und technologischen Bereich im Idealfall zu einem Netz miteinander verwobener Interessen führen soll." (Pahr, West-Ost-Journal, 5/6-77)

Während dieser Idealfall ein Hirngespinst ist, nimmt der russische Sozialimperialismus die Zugeständnisse entgegen, nützt die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit aus und stärkt seine Position damit gegenüber dem Rivalen im Kampf um die Weltherrschaft.

Der österreichische Außenminister stellt dieses Grundprinzip der österreichischen Außenpolitik dar: „Die Weiterführung des Entspannungsprozesses ist für Österreich lebenswichtig. Nur in einem Klima der Entspannung kann sich dieses Land entwickeln und in die seinen Grundinteressen adäquate Rolle in der Staatengemeinschaft einnehmen."

Die Jahre seit dem letzten Besuch Kreiskys haben gewaltige Steigerungen der Rivalität der Supermächte auf politischem und militärischem Gebiet mit sich gebracht. Die österreichische Regierung hat angesichts der verschärften Rivalität hinsicht-

Fortsetzung Seite 10

AUS DEM INHALT

Konferenz der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) am 4. Februar in Wien

Marschplan der Bewegung gegen den Marschplan der Regierung

Nicht einmal einen Tag alt wurden die Hoffnungen des Direktors der Gemeinschaftskernkraftwerks Ges.m.b.H. Tullnerfeld und des Handelsministers, im niederösterreichischen Alberndorf den Atommüll loszuwerden und zwischenlagern zu können. Die Quintessenz aus der schmählichen Abfuhr für die Regierung im Pulkautal: Das werktätige Volk ist dagegen – die „Gesprächsbereitschaft" des Bürgermeisters, welcher Parteifarbe auch immer, zerstäubt da wie Asche im Wind, und Staribacher kann sich die Zähne ausbeißen, wenn er es darauf anlegen wollte.

Was zeigte die erfolgreiche Abwehr des Vorstoßes der Regierung, einer Mini-Gemeinde wie Alberndorf den Atommüll anzuhängen? Dieses Beispiel zeigt besser als jede Meinungsumfrage, daß der Widerstand gegen das Atomkraftwerksprogramm im österreichischen Volk breiter und ausgeprägter denn je ist. Es zeigt, daß die Bewegung gegen Atomkraftwerke, die IÖAG, einen kühnen Marschplan entwerfen und verfolgen muß, um alle Kräfte aus dem Volk, die gewonnen werden, auch tatsächlich für die einheitliche, organisierte und bewußte Front gegen das AKW-Programm zu gewinnen. Das kann den Marschplan der Regierung bis zur geplanten Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf in diesem Jahr noch gehörig durcheinanderbringen.

Ein kühner Marschplan der Bewegung wird auch die Beziehungen innerhalb der und zwischen den bürgerlichen Parteien noch mehr zum Tanzen bringen, als es ohnehin schon der Fall ist.

Ein guter Marschplan der Bewegung ist notwendig, um gerade zur Zeit der seit Jahren angekündigten Parlamentsdebatte klarzustellen: Jede Entscheidung gegen die Interessen des Volkes und für die Inbetriebnahme wird nicht hingenommen. Der Kampf geht weiter.

Fortsetzung Seite 8

Gegen das AKW-Programm der Regierung



Wien: mehr als 3000 folgen nach kurzer Vorbereitungszeit dem Aufruf der Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke zu einer Demonstration gegen die Anlieferung der Brennelemente nach Zwentendorf und gegen das AKW-Programm der Regierung.

Die westdeutschen Hafenarbeiter durchbrechen die Lohnsenkungspolitik der Bourgeoisie

Ab Mittwoch, dem 25.1., stehen die Kräne in allen westdeutschen Häfen still. Die 16.000 Hafenarbeiter in Lübeck, Hamburg, Bremerhaven, Brake, Bremen, Nordenham und Emden treten geschlossen in den Streik für höheren Lohn; 9% war die Forderung, die von der Gewerkschaft erhoben worden war und für deren Durchsetzung mittels Streik 14.408 Arbeiter bei der Urabstimmung stimmten (408 dagegen und 19 Enthaltungen).

3 Tage später: Die Kapitalisten sind gezwungen, bei 7%-Erhöhung – allerdings erst ab Februar – den Kompromiß zu suchen. Noch am 11. Jänner hatten sie versucht, die Seehafenarbeiter mit einem Schlichtungsspruch von 5,3% abzuspeisen. Die Führung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) stimmt dem Kompromiß von 7% ab Februar zu: Montags darauf, am 30. Jänner, Urabstimmung über diesen Abschluß; 15.384 Hafenarbeiter kommen, 500 mehr als vor dem Streik; 57,8% von ihnen weisen den Abschluß zurück. Montag und Dienstag wird überall langsam gearbeitet und die Kapitalisten kommen nicht auf ihr Geld. Abgelehnt wurde der Kompromiß aus folgenden Gründen:

„1. Die Zumutung, daß die Seehafenkapitalisten von ihrem Sträuben, zu zahlen, auch noch einen Vorteil haben sollen, indem sie für die Januarschichten bloß den alten Lohn zahlen sollten.

2. Weil es nicht richtig ist, daß der Abschluß 'die besondere Lage der Seehafenarbeiter berücksichtigt'. Die besondere Lage der Seehafenarbeiter besteht darin, daß sie oft und oft Doppelschichten machen müssen, um auskommen zu können. Um das auszugleichen, war der Abschluß v i e l zu niedrig.

3. Weil es viele für politisch falsch und gegen jede Tradition der kämpfenden Arbeiterbewegung fanden, wenn sich die Verhandlungskommission der Gewerkschaft von Bürgermeister Klose auf eine Erklärung leimen läßt, in der es wörtlich geheißen hat:

'Das Ergebnis der diesjährigen Lohnrunde in den deutschen Seehäfen ist mit den von den Tarifvertragspartnern anerkannten Maßstäben der gesamtwirtschaftlichen Situation in der BRD nicht zu messen.'

und:

'Dieser besondere lohnpolitische Anpassungsprozeß, der auch Elemente des abgelaufenen längerfristigen Tarifvertrages enthält, ist hiermit abgeschlossen und nach Art und Höhe nicht wiederholbar. In diesem Zusam-

Fortsetzung Seite 8

Das Lohnniveau in der Metallindustrie beruht auf Überstundenarbeit

Aus den Unterlagen des „Statistischen Zentralamtes“ und der Lohnerhebung der „Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft“ läßt sich ablesen, daß sich das Lohnniveau in den einzelnen Branchen der metallverarbeitenden Industrie zu einem großen Teil nur durch die andauernden Überstundenleistungen halten läßt (siehe Tabelle). In der Metallindustrie sind es fast 15% vom Lohn, die auf Überstunden zurückgehen.

Diese Aufstellung untertreibt aber die Wirkung der Überstundenarbeit auf den Lohn noch stark. Nach dieser Aufstellung ging 10 bis 20% des Lohnes auf Konto der Überstunden. Das trifft aber nur auf den Bruttolohn zu. Da die Überstundenzuschläge bis zu einer relativ hohen Grenze steuerfrei sind, ist der Anteil des Überstundenverdiensts am Lohn netto noch wesentlich höher.

Gegen diese Überstundenschinderei muß man aus mehreren Gründen sein:

* Erstens wird damit eine alte Errungenschaft des Arbeiterschutzes - die 40-Stundenwoche - total durchlöchert. Nun ist das Arbeitstempo und die Anspannung heute schon so groß, daß auch die 40 Stunden schon viel zu viel sind und die Arbeitskraft des Arbeiters vorzeitig abgenutzt wird (z.B. sinkt die Lebenserwartung in Österreich). Dieser Prozeß wird durch die Mehrarbeit stark beschleunigt. Der Arbeiter hat es noch wesentlich schwerer, nach der Arbeit sich mit Politik, Sport usw. zu beschäftigen.

* Zweitens befördern die andauernden Überstunden die Illusion, es sich individuell durch Mehrarbeit richten zu können. Tatsächlich gestattet es der Mehrverdienst durch Überstunden nicht nur nicht den Mehrverschleiß auszugleichen - etwa durch bessere Nahrung, Wohnungsverhältnisse usw. -, sondern die andauernden und von großen Teilen der Arbeiterklasse geleisteten Überstunden bringen es mit sich, daß man diese Überstunden leisten *muß*, will man den einmal historisch erreichten Lebensstandard halten. Diese Tatsache kommt denjenigen Arbeitern schmerzhaft zu Bewußtsein, bei denen jetzt die Sonderschichten wegen der Krise gestrichen wurden.

* Drittens ist es gerade die Illusion über diesen „Ausweg“, die es erschwert, den Kampf für einen ausreichenden Lohn unter Normalarbeitsbedingungen zu führen und der es auch „gestattet“, den ständig ärger werdenden Lohnsteuerraub durch die steuerfreien Überstunden wenigstens teilweise wettzumachen.

Branche	Stundenschnitt ohne Überstunden in öS 1976	Stundenschnitt mit Überstunden in öS 1976	Höher in %	Mehrarbeit pro Woche in Stunden	Mehrarbeit in %
Gießereiindustrie	49,58	54,28	9,47	5,78	14,45
Metallindustrie	46,93	53,95	14,95	9,96	24,9
Maschinen- und Stahlbau	49,29	53,33	8,19	4,90	12,25
Fahrzeugindustrie	52,09	48,82	−6,27	-	-
Eisen- und Metallwaren	42,55	46,53	9,35	5,69	14,22
Elektroindustrie	42,45	44,62	5,11	2,92	7,3

Diese Tabelle vergleicht den durchschnittlichen Stundenverdienst in den metallverarbeitenden Branchen und zwar ohne Sonderzahlungen und Überstunden (erste Spalte, laut Kammer der Gew. Wirtschaft) - Sonderzahlungen = 13. und 14. Lohn) und nur ohne Sonderzahlungen (zweite Spalte, laut Statistischem Zentralamt).

Die durchschnittliche Mehrarbeit pro Woche in diesen Branchen haben wir unter der Annahme berechnet, daß die Hälfte der Überstunden 50%ige und die andere Hälfte 100%ige sind. (4. Spalte)

KV-Mindestlöhne: Zu niedrig und - zigfach aufgesplittert

Die beim letzten Kollektivvertrag festgelegten Mindestlöhne reichen kaum zum Überleben aus. So würde ein Spitzenfacharbeiter - zum Mindestlohn bezahlt - ca. 8000 S im Monat brutto verdienen. Die Tabelle zeigt, daß die Gewerkschaftsführung auf ein Nachziehen der Mindestlöhne hinter die wirklich gezahlten Löhne verzichtet hat (siehe im letzten „Klassenkampf“ die Entwicklung der Überzahlung in den letzten Jahren).

Insbesonders die Jugendlohngruppen 9 und 10 sowie „Frauenlohngruppen“ 6 und 8 werden von den Kapitalisten ausgenutzt, um die Arbeiter untereinander aufzuspalten.

So nennt sich die Lohngruppe 8 „Arbeitnehmer für leichte Tätigkeit“, gemeint ist damit meist solch eine Tätigkeit, wie z.B. stundenlanges Löten am Fließband in der Elektroindustrie. Diese Tätigkeit erfordert eine große Konzentration und Geschicklichkeit. Die Nervenanspannung bei dieser Tätigkeit erfordert zweifellos eine qualitativ bessere Nahrung, bessere Ruhemöglichkeiten usw. Nicht anders bei den jugendlichen Arbeitern. Sie machen oft die völlig gleiche Arbeit, bekommen aber wesentlich weniger bezahlt. Dieser Lohnunterschied dient dann oft als Mittel, das den Kapitalisten verschiedenste Manöver zu machen erlaubt, die die Jugendlichen im Betrieb gegen die Älteren und umgekehrt aufhetzen sollen.

Es ist deshalb eine alte Forderung der Arbeiterbewegung, die auch in vielen Gewerkschaftsorganen vertreten wird, daß diese Lohngruppen - 6, 8, 9, 10 - überhaupt gestrichen gehören. Ein Weg in dieser Richtung ist das überproportionale Anheben dieser Gruppen z.B. durch eine Festgeldforderung.

Lohngruppen:

1 Spitzenfacharbeiter.............. S 48,00
2 Qualifizierter Facharbeiter.. S 41,00
3 Facharbeiter.......................... S 36,00
4 Besonders qualifizierter Arbeitnehmer.......................... S 32,30
5 Qualifizierter Arbeitnehmer S 30,00
6 Arbeitnehmer mit Zweckausbildung.......................... S 29,10
7 Arbeitnehmer für schwere Tätigkeit.......................... S 29,80
8 Arbeitnehmer für leichte Tätigkeit.......................... S 28,20
9 Qualifizierter jugendlicher Arbeitnehmer.................. S 27,20
10 Jugendlicher Arbeitnehmer S 26,40

VEW-Konzern: Zentralbetriebsrat schlägt Lohnkürzung und unbezahlte Überstunden vor

Vor zwei Wochen hat der Vorstand der Vereinigten Edelstahlwerke (VEW) den Arbeitern 5 Vorschläge zur Einsparung seiner Kosten vorgelegt, die im Kern alle darauf hinausliefen, entweder Massenentlassungen bzw. Frühpensionierungen für 1000 bis 2000 Arbeiter oder aber Lohnkürzungen in dieser oder jener Form hinzunehmen. Eine Woche später legte die Zentralbetriebsratsexekutive der (VEW) unter dem Vorsitz von SP-Landesrat Gruber und Landeshauptmann-Stellvertreter Cettel einen 6. Vorschlag zur Einsparung vor. Dessen wichtigste Punkte sind:

-Reduzierung der Überstunden auf 50% der Kosten des Jahres 1977. Ab 10.2.78 sollen nur mehr Überstundenzuschläge ausbezahlt, die Überstunden selbst durch Zeitausgleich abgegolten werden.

-Überprüfung der Möglichkeit durch den Vorstand, das Pensionsalter auf 59 Jahre bei Männern und 54 Jahre bei Frauen zu senken.

-10 Tage unbezahlter Urlaub, d.h. 1 Tag pro Woche unter voller Aufrechterhaltung der Produktions- und Leistungsfähigkeit aller Betriebe und Abteilungen.

-Schulungsmaßnahmen wo notwendig.

Der VEW-Vorstand war mit dem Vorschlag der SP-Gewerkschaftführer zufrieden. Mit ihrer offenen Provokation haben sie die Rute ausgelegt und die Sozialdemokraten haben angebissen. Der „Lohnverzicht“ kündigt sich an. Von „den Arbeitern selbst beschlossen“ behauptet Kreisky und bringt damit die Vorteile für die Bourgeoisie zum Ausdruck, daß sie die Gewerkschaftsführung in der Hand hat und gegen die Arbeiter einsetzen kann.

Schon allein der unbezahlte Urlaub bedeutet eine Lohnkürzung von rund 4%. Trotz Zwangsurlaub soll volle „Leistungsfähigkeit“ an allen Maschinen gebracht werden. Das geht nur durch Ausdehnung der Arbeitszeit. Die letzten Eßzeiten und andere Pausen sind im letzten Jahr bereits gestrichen worden. Im Finalbereich, wo die VEW mit Aufträgen „mengenmäßig durchaus gut bedient“ ist (Generaldirektor Bayer), beträgt schon heute die Arbeitszeit nicht unter 180 Stunden im Monat. Im Durchschnitt kommt jeder Arbeiter auf 2-3 Extraschichten im Monat, manche auf 7-8. Bezahlt werden soll von dieser Mehrarbeit ab Feber nur mehr der Zuschlag. Für „Zeitausgleich“ wird wenig Gelegenheit sein. Betrachtet man die Lohzettel eines VEW-Arbeiters, dann kommt man dadurch zusätzlich auf 800 bis 1000 S Kürzung.

Zusicherung, daß es zu keinen Entlassungen heuer kommt, hat Bayer nicht gegeben (Presse, 21.1.). Schulungen, d.h. Kurzarbeit hat der Zentralbetriebsrat selbst vorgeschlagen.

„Bedeutende Rationalisierungen an allen Werksstandorten..., die die Konkurrenz- und Ertragssituation der VEW entscheidend verbessern wird“ - lautet das Programm der VEW-Kapitalisten. Lohnkürzungen und Intensivierung bzw. Ausdehnung der Arbeit soll ihnen die Kraft bringen, im imperialistischen Wirtschaftskrieg die Aggressivität zu steigern und ihre Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu vernichten. Steigerung der Ausbeutung der eigenen Arbeiter ist die Grundlage, auf der die Imperialisten gegeneinander zu Felde ziehen. Um 25% ist in der VEW allein im letzten Jahr die Produktivität gestiegen. Zum größten Teil über die Verdichtung des Arbeitstages und schärfste Antreiberei in ihren Werken. Die Arbeiter behandeln sie als ihre Industriesoldaten, denen sie jetzt noch den Lohn kürzen wollen. Das würde ihre Position gegenüber den anderen Imperialisten sicher sprunghaft steigern, noch dazu, wo etwa die US-Konkurrenten gerade durch erfolgreiche Streikkämpfe der Stahlarbeiter geschwächt wurden, und wo den westdeutschen Monopolen ebenfalls ein Lohnkampf der Arbeiter ins Haus steht.

Mittels der hohen Produktivität ist es den VEW letztes Jahr gelungen, Märkte zu halten, auch wenn sie dabei zeitweilig Verlustaufträge hinnehmen mußten. Gleichzeitig versuchen sie mit Niedrigpreisen in fremde Märkte einzudringen, wodurch sie jetzt eine Reihe von Dumpingklagen am Hals haben.

Der Schweiß der Arbeiter soll dafür herhalten, um diese imperialistischen Positionen zu halten und auszubauen. Umgekehrt würde den VEW-Kapitalisten der Schweiß auf die Stirne treten angesichts einer Abwehrfront der Arbeiter gegen die Durchsetzung des Schlachtplans der VEW. Ganz empfindlich würde ein Streik der Arbeiter sie treffen, auf deren Produktionskraft sie unbedingt angewiesen sind, wollen sie ihre Profite durch kurzfristige und rechtzeitige Erfüllung von Aufträgen weiter einsacken.

Das Sparprogramm wurde mit Kreisky und Benya beraten

Dem Aufbau einer solchen Front der Arbeiter stehen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen und auch Regierungsköpfe feindlich gegenüber. Der ZBR betätigt sich als Wegbereiter des Schlachtplans der Bourgeoisie, mit dem die imperialistische Sanierung über die Verelendung der Arbeiter betrieben werden soll.

Der Einsparungsvorschlag, vorher mit Kreisky, Benya, Dallinger, Sekanina und Hofstätter, dem leitenden ÖGB-Sekretär abgesprochen, nennen diese imperialistischen Knechte „aktive Mitwirkung“.

Leicht kann es nicht fallen, den VEW-Arbeitern die Lohnkürzung aufzuzwingen. Die Vertrauensleute, die in den Abteilungen direkt gegen die Arbeiter das Sparprogramm vertreten müssen, werden gegenwärtig in hektisch einberufenen Betriebsrats- und Vertrauensmännerversammlungen vergattert. Trotzdem sind dort noch keine Beschlüsse über Zustimmung zum Vorschlag des ZBR gefallen. Allerdings auch keine dagegen.

Am 9. Feber muß der Vorschlag einer Gesamtbetriebsrätekonferenz der VEW vorgelegt und soll dort endgültig abgesegnet werden.

Völliges Stillschweigen von Seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre herrscht in der VEW hinsichtlich der bevorstehenden KV-Verhandlungen. Umso toller treiben es ihre Zeitungsfinken. Chefredakteur Scheuch von der „Arbeiter-zeitung“ in einem Kommentar zu dem offenen Lohnverzicht-Vorschlag der Konzernherren: „Ich glaube ein solcher Lohnverzicht kann den Arbeitnehmern eines einzelnen Betriebes, oder auch einer ganzen Branche, gar nicht zugemutet werden. Er sollte nur in einer Notsituation - und dann als Solidaritätsakt aller Einkommensbezieher, nicht nur der Lohnabhängigen - in Betracht gezogen werden.“ (AZ, 22.1.78). Klar einen „solchen“ Lohnverzicht, wie ihn die Kapitalisten selbst vorgeschlagen haben, nimmt die Arbeiterklasse nicht hin. Deshalb brauchen sie auch die „aktive Mitwirkung“ der SP-Spitzen, die hintenherum dasselbe aushecken. Gleichzeitig wirbt Scheuch also schon für den Lohnverzicht der ganzen Arbeiterklasse „...in einer Notsituation“. Das richtet sich zuerst einmal gegen die Metallarbeiter, die vor einer Lohnauseinandersetzung stehen. Tatsächlich geht es für die Metallarbeiter dabei auch um einen „Solidaritätsakt“. Nicht aber für die, die ihr Einkommen aus der Ausbeutung der Arbeiter beziehen, sondern für die Kollegen in der ganzen Branche, deren Einkommen ausschließlich aus Lohn besteht.

Einheit kann um klassenbewußte, selbständige Forderungen hergestellt werden und diese Einheit wird auch Belegschaften voranbringen, die durch die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung besonders bedroht sind.

Gemeinderatswahlen in Graz:

277 Stimmen für den KB Österreichs

Die Grazer Gemeinderatswahlen am 29. Jänner 1978 brachten folgendes Ergebnis (zum Vergleich die Ergebnisse der Gemeinderatswahl 1973):

	1978		1973	
	Stimmen	%	Stimmen	%
SPÖ	65.490	41,3	69.550	44,2 %
ÖVP	49.772	31,3	55.759	35,5 %
FPÖ	39.485	24,9	26.515	16,9
KPÖ	3.196	2,0	4.759	3,0
KB	277	0,18	–	–
UB	539	0,35	–	–

Der Kommunistische Bund Österreichs kandidierte bei diesen Wahlen zum ersten Mal in Graz. Im Verlauf des Wahlkampfs wurden mehr als 100 Programme des KB verkauft und zahlreiche Abonnenten für das Zentralorgan des KB, den „Klassenkampf", und für sein theoretisches Organ „Kommunist" geworben. Die 277 Stimmen für den KB sind 277 Absagen an den bürgerlichen Parlamentarismus, 277 Stimmen gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung, 277 Stimmen für die Ziele der Arbeiterklasse, für den Sozialismus. Deshalb haben diese Stimmen großes Gewicht. Die Beteiligung des KB an den Gemeinderatswahlen in Graz war ein voller Erfolg.



25. Jänner: An der Wahlveranstaltung der Ortsgruppe Graz des KB nehmen 65 Menschen teil

Graz: Kreisky stößt auf taube Ohren

Als Schützenhilfe für den Wahlkampf der SPÖ war Kreisky zu einer Großveranstaltung nach Graz geholt worden. 3500 Leute, hauptsächlich SP-Mitglieder, unter ihnen nur ein ziemlich geringer Anteil unter 40 Jahren, waren in die Brauhaussäle gekommen. „Erst klatschen wir einmal alle im Takt oder ein Tusch und ein Hurra für den Bundeskanzler." Man kam sich vor wie auf einem Oktoberfest.

Die von der SPÖ ständig zitierte Aussage „So gut ist es uns in Österreich noch nie gegangen", sollte durch ein bierseliges Jubelfest unterstrichen werden. Nach Landeshauptmannstellvertreter Sebastian und dem Spitzenkandidaten der SPÖ für die Gemeinderatswahlen, Stoiser, sollte Kreisky, so war es angekündigt, das große Wirtschaftsprogramm für die nächsten zehn Jahre darlegen. Kreisky begann seine Rede gut angepaßt an die Bierstimmung mit einigen Floskeln über die segensreiche Regierungspolitik der SPÖ. Gerade als er sich über die vielen Menschen und die vertrauensvolle und fröhliche Stimmung im Saal freute, kam ein Transparent den Balkon herab mit der Aufschrift „Kampf jeder Strompreiserhöhung! Gegen den gespaltenen Stromtarif!" Gleich darauf verteilte die Ortsgruppe Graz des KB Österreichs Wahlaufrufe im Saal. Kreisky versuchte, den Wirbel, der darauf entstand, in den Griff zu bekommen. Er appellierte um Ruhe, doch alles war umsonst. Einige SP-Ordner griffen die Verteiler an, verteilten Fußtritte und versuchten Ohrfeigen auszuteilen. Darauf wehrten sich andere gegen solche Maßnahmen. Es entbrannten heftige Debatten, wie nun gegen die Verteiler vorgegangen werden sollte, wobei ein Teil der Versammelten sich gegen Gewalt und Polizeieinsatz aussprach.

Kreisky beendete nach minutenlanger Unterbrechung seine „Rede" mit einigen Sätzen. Sein groß angekündigtes Wirtschaftsprogramm war gestorben. Nach einem kurzen Aufruf, „mit den Störenfrieden das zu machen, was ihnen im Ostblock bei einem solchen Verhalten passieren würde", schloß der Grazer Arbeiterkammerpräsident die Veranstaltung und leitete auf den Unterhaltungsteil über. Hunderte Menschen verließen im Gefolge der Vorgänge und des Wirbels die Säle.

Einer Anzahl von SP-Mitgliedern war schon zu Beginn des Bierfestes nicht wohl in ihrer Haut gewesen. Einige von ihnen äußerten Kritik an der AKW-Politik der Regierung. Ein ehemaliger Betriebsrat und dreißigjähriges SP-Mitglied interessierte sich für den Zusammenhang zwischen der Strompreiserhöhung und dem Atomprogramm. Als ihm ein Genosse den Sachverhalt darstellen wollte, fiel ihm ein SP-Funktionär mit dem plupen Argument ins Wort: „Ihr wollts keine Strompreiserhöhung und kein Atomkraftwerk, aber den Strom, den wollts schon!"

Ein anderer SP-Funktionär wollte aufs Diskutieren gleich verzichten und stürzte sich mit erhobener Faust auf den Genossen. Das reichte dem ehemaligen Betriebsrat. Er wies das Verhalten der SP-Funktionäre als durch und durch reaktionär zurück und kündigte seine Mitgliedschaft in der SPÖ auf. Er verließ demonstrativ den Saal, nachdem er sich die Dokumente der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz und ein Programm des KB gekauft hatte.

Kampf gegen verbrecherische Gesundheitsbedingungen in der Maria- Theresienkaserne in Wien

In einer Pressekonferenz hat die Gruppe Querschläger aufgedeckt, daß in der Maria Theresien-Kaserne in Wien verbrecherische gesundheitliche Bedingungen herrschen. In der Kaserne ist vor 14 Tagen ein Fall von offener TBC aufgetreten, ohne daß von den zuständigen Kommandanten auch nur die geringsten Maßnahmen getroffen worden sind, um eine Ausweitung der besonders ansteckenden und gefährlichen Krankheit zu verhindern. Statt dessen haben die Kommandanten alles in ihrer Macht stehende unternommen, um zu verhindern, daß ihre Schandtaten an die Öffentlichkeit kommen. Von der Verhaftung und Bedrohung eines Soldaten bis zu Massenverhören durch die Staatspolizei wurde alles unternommen – es hat nichts genützt.

Am 19.1. wurde bei einem Wehrmann der Stabskompanie des Militärkommandos Wien in der Maria-Theresienkaserne offene TBC in einem Stadium festgestellt, von dem der behandelnde Arzt sagte, daß die Krankheit ein Monat später bereits unheilbar gewesen wäre. Der Wehrmann rüstete sofort ab und kam in Spitalspflege. Seine Ausrüstung wurde wie die eines x-beliebigen Soldaten in der Kleiderkammer zurückgenommen, sein Bett, so, wie es war, einem anderen Wehrmann zugewiesen, der bis heute die selben Decken, die bekanntlich beim Bundesheer nie gesäubert werden, benutzen muß. Einige Wehrmänner seiner Kompanie waren über den Fall sehr beunruhigt, die meisten wußten jedoch über die Gefahren der TBC kaum Bescheid. Die einzige Reaktion des Einheitskommandanten war die sofortige Durchuntersuchung - sämtlicher Offiziere, Unteroffiziere und anderer Berufssoldaten, sowie einiger Wehrmänner, die im gleichen Zimmer, wie der Kranke gewohnt hatten. Seitens des Kommandanten geschah sonst nichts. Nichts geschah auch seitens des Truppenarztes, der von dem Krankheitsfall wohlinformiert war und nichts geschah seitens des Kasernenkommandanten.

Am Sonntag, den 29.1. gegen 23 Uhr ging schließlich der frisch eingerückte Wehrmann K. der Stabskompanie von Zimmer zu Zimmer und bat seine Kameraden in den „Verfügungsraum". Vor ca. 100 Wehrmännern berichtete er dort über die Gefahr, die ein Tuberkelausscheider für alle Leute, die mit ihm auch nur im geringsten zu tun haben bedeutet, berichtete er über die große Gefährlichkeit der Tuberkulose und schlug vor, obwohl das der inzwischen erschienene Offizier vom Tag (OvT) verhindern wollte, daß am nächsten Tag die ganze Einheit beim Truppenarzt eine vorbeugende Untersuchung verlangen solle. Sein Vorschlag erhielt die Zustimmung des größten Teils der Versammelten.

Unmittelbare Folge dieser Versammlung war die Verhaftung des Wehrmannes K. zehn Minuten nach Beginn der Nachtruhe. Der OvT erschien mit zwei Korporälen und sprach die Verhaftung des Wehrmanns K. wegen „Aufwiegelei und versuchter Aufforderung zur Meuterei" aus. Er ließ Wehrmann K. ins Kellerarrestlokal sperren und pflanzte zwei mit Sturmgewehr bewaffnete Posten auf, denen er einschärfte, K. gut zu bewachen, da dieser „in Österreich politisch verfolgt werde und bereits schwer vorbestraft" sei.

Da K. am nächsten Tag fehlte, kam es nicht zu der besprochenen Aktion. Erst um 11 Uhr Vormittags durfte K. den Arrest verlassen, wurde jedoch sofort zum „befohlenen Rapport" beim Einheitskommandanten vorgeführt. Dort hatten sich inzwischen eine ganze Reihe von Stabsoffizieren versammelt. Außer Hauptmann Zehetmayer, dem Kompaniekommandanten, waren anwesend ein Oberst, zwei Oberstleutnante, zwei Majore. Ein Oberstleutnant führte das Verhör. Es fielen Fragen wie: „Wem haben Sie außerhalb der Kaserne von dem TBC-Fall erzählt?" „Zu welcher politischen Organisation gehören Sie?" „In welcher Partei ist Ihr Vater?" usw. Am Ende des Verhörs mußte Wehrmann K. ein Protokoll unterschreiben und wurde dann freigelassen.

Um den Druck auf Wehrmann K. weiter zu verstärken, erzählte der Spieß, Vizeleutnant Hofer überall herum, daß K. nun „bis zu drei Jahre, mindestens aber 6 Monate" Kerker blühen und sagten die Ausbildner allen Soldaten, daß einzig und allein K. daran schuld sei, daß sie nun der ganzen Kompanie „den Arsch aufreißen" müßten.

Trotzdem ließ sich einen Tag später die Forderung der Kompanie nach vorbeugender Untersuchung nicht mehr ignorieren. Doch wieder versuchte Vizeleutnant Hofer zu verhindern, daß die ganze Kompanie den Arzt aufsuchte. Er fragte, wer denn mit dem kranken Wehrmann so oft beisammen gewesen sei, daß er nun glaube (!) selbst TBC zu haben. Alle diese Leute, sagte er bei der Standeskontrolle am 31.1. sollten vortreten, denn sie müßten am sonst dienstfreien Samstag mit ihm aufs Gesundheitsamt fahren. Unter diesen Bedingungen traten nur drei Soldaten vor und wurden noch am selben Vormittag ins Gesundheitsamt geschickt.

Am gleichen Vormittag kamen überfallsartig mehrere Staatspolizeibeamte in die Maria-Theresienkaserne, die offensichtlich vom Kasernenkommandanten Oberstleutnant Schreiber geholt worden waren. Sie verhörten längere Zeit eine ganze Reihe von Soldaten, mindestens die Belegschaften zweier Zimmer. Sie fragten vor allem danach, wer in der Kaserne den Querschläger verkaufe, wer in der Kaserne die Querschläger-Flugblätter aufgehängt habe, wer dem Querschläger Informationen gegeben habe und wer wisse, aus welchen Leuten die Querschläger-Gruppe bestünde. Doch auch diese Einschüchterungsmethoden, die sich direkt gegen die Gruppe von Antimilitaristen wendet, die die verbrecherischen Zustände der Maria-Theresienkaserne ans Licht der Öffentlichkeit gebracht haben, fruchtete nichts.

In einem Flugblatt dokumentierte die Gruppe Querschläger all die Vorfälle schriftlich und stellt drei Forderungen auf, die von der Mehrheit der Soldaten der Stabskompanie unterstützt werden. Sofortige Untersuchung aller Wehrmänner der Stabskompanie! Kein Disziplinarverfahren und keine andersartige Verfolgung von Wehrmann K.! Für das Recht auf Versammlungsfreiheit!

Die Bedingungen sind günstig für die antimilitaristische Arbeit

Die 14 Monate Arbeit der „Querschläger"-Gruppe beim Aufbau der Zeitung, aber darüber hinaus von Soldaten- und Reservistengruppen, die sich um die Zeitung herum gebildet haben – diese 14 Monate Arbeit haben bereits zu großen Fortschritten geführt. Auf der 1. Nationalen Konferenz am 19./20. 11. 1977 ist erstmals eine Plattform und ein Aktionsprogramm für die Herausgabe der Zeitung und für die gesamte Arbeit der „Querschläger"-Gruppe beschlossen worden. Heute hat sich – obwohl er erst vor kurzer Zeit gesetzt worden ist – bereits gezeigt, wie wichtig dieser Schritt war, hat er doch sowohl die Grundlagen für den weiteren Aufbau der antimilitaristischen Bewegung als auch den Weg dabei festgelegt. In Gestalt von Plattform und Aktionsprogramm hat sich der „Querschläger" die Voraussetzungen geschaffen, um die vorhandenen antimilitaristischen Kräfte zu fördern, zu stärken, zusammenzuschließen. Gestützt auf die Arbeit in und vor den Kasernen hat die Fernsehsendung in „Ohne Maulkorb" die Popularität des „Querschläger" weiter erhöht. Heute gibt es bereits in einigen Kasernen mehr als Leser und Sympathisanten, nämlich tatsächliche Stützpunkte des „Querschläger".

Die Bedingungen für die weitere Arbeit des „Querschläger" sind ausgezeichnet. Gerade in der jüngsten Zeit haben sich die antimilitaristischen Regungen und Bewegungen unter den Soldaten, haben sich die Widersprüche in den Kasernen, in der Armee, hat sich die antimilitaristische Bewegung im Volk weiter verschärft. Die Antwort des bürgerlichen Staates und seiner Träger und Repräsentanten in der Armee ist verstärkte Unterdrückung, die aber den Widerstand nur noch mehr entfacht. Verleumden und Totschweigen solange es geht, sind andere Formen, wie sie der zunehmenden antimilitaristischen Bewegung zu begegnen versuchen. Und schließlich ist es auch im Interesse und im Dienst der herrschenden Klasse, des bürgerlichen Staates, der reaktionären Offiziere, wenn heute jemand mit der Behauptung auftritt, daß es eine antimilitaristische Bewegung unter der Jugend überhaupt nicht gebe, daß sich die Soldaten alles gefallen lassen und noch nicht zum Widerstand bereit wären, daß man gegenwärtig in puncto antimilitaristischer Arbeit nichts machen könne außer „Diskussionen unter den Linken". Andererseits ist klar, daß, gerade weil es Antimilitarismus unter der Jugend und Widerstand gegen das Kasernenregime unter den Soldaten gibt, daß, gerade weil man nicht nur etwas machen kann, sondern Hunderte bereits etwas machen, daß, gerade weil sich der Kampf, die Konflikte, die Widersprüche verstärken, daß gerade deshalb der eine oder andere vor den wachsenden Aufgaben kapituliert und seine Kapitulation zu vertuschen und sie den Massen der Jugendlichen und der Soldaten in die Schuhe zu schieben versucht: Sie sind schuld, weil er nichts machen kann bzw. will. So etwas ist vor wenigen Tagen in der „Querschläger"-Gruppe passiert. Einige Leute, die politisch mit verschiedenen bürgerlichen pseudolinken Gruppen verbunden sind, aber bisher trotzdem mitgearbeitet hatten, wollten nicht mehr, und haben ihren Austritt aus der „Querschläger"-Gruppe erklärt. Alles, was sie bisher anerkannt haben, haben sie plötzlich „vergessen". Aber natürlich verschwindet es nicht, nur weil diese Leute es vergessen: In der Maria-Theresien-Kaserne gibt es ganze Kompanien, die den „Querschläger" lesen und diskutieren. Ein Soldatenvertreterkandidat begründete seine Kandidatur mit dem Artikel zum neuen Einrückungstermin in der letzten Nummer. In der Wiener Trostkaserne werden Soldaten wegen Verbreitung der Zeitung bedroht und schikaniert. In Hörsching hat ein Soldatenvertreter ein Verfahren wegen offenem „Querschläger"-Verkauf: Dort hat sich eine neue „Querschläger"-Gruppe gebildet.

Soldaten demonstrierten in Uniform gegen den Einsatz des Bundesheeres zum Schutz von Zwentendorf und den Anflug der Uranlieferungen. In Graz, Innsbruck, Salzburg und Klagenfurt wird erstmals seit Jahren eine antimilitaristische Zeitung in und vor Kasernen verbreitet. In Vorarlberg hat ein antimilitaristischer Lehrer größte Schwierigkeiten wegen eines Flugblattes und einer Demonstration gegen ein Manöver.

Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter. Der „Querschläger" findet nach wie vor gute Bedingungen für seine Arbeit vor, er kann sich nach wie vor auf die bisherigen Erfolge und Fortschritte stützen, er kann nach wie vor von den Grundlagen ausgehen, die er sich geschaffen hat. Die nächsten Aufgaben des „Querschläger" ergeben sich aus dem Gang der politischen Entwicklung selbst und aus den Zielen der antimilitaristischen Arbeit, wie sie in der Plattform des „Querschläger" festgelegt sind: Unmittelbar stehen an: Bildung einer breiten Aktionseinheit gegen die Reform der Allgemeinen Dienstverordnung und die geplante Vorverlegung des Zapfenstreiches auf 22 Uhr; weiterer Aufbau und Verankerung von Kasernengruppen, Kampf gegen Kantinenregelung und Zwangsverpflichtung, Debatte mit den Ausgetretenen über ihre Differenzen zur Plattform. Diskussion über die Frage der Kriegsgefahr, Enthüllung über den Einsatz des Bundesheeres rund um Zwentendorf. Kampf gegen die Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft. Die nächste Nummer des „Querschläger" erscheint in ca. 1 Woche.

QUERSCHLÄGER 7 ERSCHEINT AM 8. FEBRUAR

Aus dem Inhalt:
Zapfenstreichvorverlegung/ADV-Reform
Neue Kantinenregelung
Fernsehsendung über Querschläger
Einsatz des Bundesheeres beim AKW in Zwentendorf und bei der Uranlieferung in Hörsching
Stellungnahme der Gruppe Querschläger zu den Austritten von 9 Antimilitaristen
Droht ein Krieg in Europa?
Erfolge beim Aufbau von Kasernengruppen
Was besagt die ADV?
Wehrgesetznovelle/Zwangsverpflichtungen
Soldatenkorrespondenzen
Postanschrift: „Kennwort „Querschläger" 1180 Wien

Kundgebung gegen die 4 AKW in der CSSR vor der Sowjetischen Botschaft geplant

Kein AKW an Österreichs Grenzen!

Die Ortsgruppe Wien des KB verteilte bei einer Kundgebung der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner vor der tschechoslowakischen Gesandtschaft am 1. Februar ein Flugblatt, das wir hier auszugsweise veröffentlichen:

In der CSSR werden in unmittelbarer Nähe zur österreichischen Grenze 3 AKW's bereits gebaut, weitere sind in Planung.

Bei allen in den Ostblockländern gebauten AKW's hat die Sowjetunion die Hand drauf. Die kleinen Ostblockländer sind auf diesem Gebiet komplett von den russischen Sozialimperialisten abhängig. Die Sozialimperialisten sind auch der Dirigent hinter den Ausbauplänen für Atomkraftwerke im Ostblock.

Die von der SU abhängigen Länder dürfen lediglich die Rolle von Zulieferanten spielen. So schreibt die ungarische Zeitschrift Villaggazdasag: „Kernkraftwerke werden von dem sowjetischen Außenhandelsunternehmen ATOMENERGOEXPORT geliefert. Mit diesem Unternehmen werden die zuständigen Außenhandelsunternehmen der Mitgliedsländer bilaterale Abkommen über die Lieferung bestimmter Ausrüstungen schließen."

Die Sowjetunion betreibt ein ehrgeiziges AKW-Ausbauprogramm, in das sie die von ihr abhängigen Länder Osteuropas eingespannt hat (ihr Instrument dafür ist der RGW-„Rat" für gegenseitige Wirtschaftshilfe").

Die Sozialimperialisten rechnen mit dem hohen Energiebedarf Westeuropas, sie bringen ihre eigenen Ressourcen ins Spiel und versuchen zusätzlich noch möglichst schnell die Kernenergieproduktion auszudehnen. Die Sowjetunion möchte sich gern als Monopolist bei der Versorgung westeuropäischer Länder mit Energie sehen. Sie verfolgt das Ziel, auch über wirtschaftliche Hebel und im konkreten über Energielieferungen Westeuropa zu infiltrieren und gegenüber ihrem Druck und ihren Hegemoniebestrebungen verletzbarer zu machen.

Seit Jahr und Tag wendet sie sich mit honigsüßen Energieverlockungen an die westeuropäischen Regierungen. Sie propagiert die „Vereinigung der europäischen Energiesysteme" und allgemein die Anlehnung Westeuropas an die „Zusammenarbeit" mit der Sowjetunion:

„Eine der wirtschaftlich vorteilhaftesten Möglichkeiten zur Steigerung der Stromproduktion in den westeuropäischen Ländern ist der Bau von Kernkraftwerken. Die einzelnen, insbesondere die kleineren westeuropäischen Länder sind jedoch nicht in der Lage, sämtliche Ausrüstungen für diese Kraftwerke herzustellen. Es lohnt sich für sie auch kaum. Die UdSSR und die anderen Mitgliedsländer des RGW verfügen indessen über große Forschungs- und Produktionskapazitäten auf diesem Gebiet, die im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit erfolgreich genutzt werden können. Die RGW-Länder besitzen bereits reiche Erfahrung bei der Vereinigung nationaler Energiesysteme und beim Bau von Fernleitungen für die Stromübertragung. Diese Erfahrungen bilden eine gute Grundlage, auf der sich die Energieversorgung auf dem Kontinent durchaus rationalisieren ließe". (zitiert aus „RGW und gesamteuropäische Zusammenarbeit", APN-Verlag, Moskau).

Die Regierung muß gegen die AKW an der Grenze protestieren!

Die Regierung versucht, die AKW-Gegner mit dem Argument zu diskreditieren: „Gegen Zwentendorf sind sie, aber zu den AKW's an der Grenze sagen sie nichts".

Das ist der Gipfel der Scheinheiligkeit.

Kürzlich sprach eine Delegation der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner bei Außenminister Pahr vor und verlangte, daß die Regierung gegen die AKW's an der Grenze auftreten müsse. Der Minister wand sich herum. Besorgt zeigte er sich über mögliche Aktionen der AKW-Gegner gegen die CSSR-Kraftwerke. Das könnte die Beziehungen und die laufenden Verhandlungen stören, hieß es.

Worüber wird verhandelt?

Angeblich nur über eine Vereinheitlichung der Sicherheitsbestimmungen, wahrscheinlich aber schielen die österreichischen Monopolkapitalisten auch auf günstige Stromlieferungen aus den CSSR-Kraftwerken.

Die Regierung ist weit davon entfernt, gegen die AKW's protestieren zu wollen. Erstens will sie ja Zwentendorf in Betrieb nehmen und hat somit selbst Dreck am Stecken. Zweitens spielt gerade unsere Regierung die Rolle eines Vorreiters der Entspannungsillusionen. Auf wirtschaftlichem Gebiet und auf dem Gebiet der Energiepolitik trifft sich das mit dem Interesse an guten Geschäften und günstigen Energielieferungen für das österreichische Monopolkapital. Kreisky selbst rühmt sich als Verfechter der - sowjetischen - Idee eines gesamteuropäischen Verbundnetzes. Kein Wunder, daß die Regierung Angst vor einer Verstimmung der Sozialimperialisten hat - Gefahren der Atomkraftwerke hin oder her.

Anläßlich des Kreisky-Besuches in Moskau ruft der Kommunistische Bund Österreichs zu einer KUNDGEBUNG vor der sowjetischen Botschaft, 1030 Wien, Reisnerstraße 45, auf, die gemeinsam mit der „Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke" und anderen Kräften kommende Woche durchgeführt wird, um gegen den Bau von AKW's an Österreichs Grenzen zu protestieren.

Absturz eines sowjetischen Atomsatelliten

„Geheimer Atomalarm": Das Volk kommt in den Regierungsplänen nicht vor

Als am Mittwoch, dem 25., und Donnerstag, dem 26. 1., die bürgerlichen Zeitungen voll waren von der Schreckensmeldung über den Absturz eines sowjetischen Atomsatelliten mit 50 kg Uran an Bord, teilte Kreisky mit, daß auch in Österreich „geheimer Atomalarm" geherrscht habe.

An meinem Arbeitsplatz gab es unter den Kollegen heftige Diskussionen über die Zweckmäßigkeit von *geheimen* Atomplänen. Bald setzte sich mehrheitlich die Meinung durch, daß sich hier ganz klar die volksfeindliche Haltung der herrschenden Klasse in Österreich und ihrer Regierung zeigt: Bunker und Vorräte gibt es nur für die Höchstobersten, fürs Volk nicht. Die Herrschenden haben Abwehrmaßnahmen bei Atomunfällen in petto, von denen das Volk nichts weiß, geschweige denn, daß es über bestimmte nötige Verhaltensweisen informiert und überhaupt in den Plan einbezogen wäre. Innenminister Lanc gab bekannt: „In Wien und den Bundesländern gibt es bei den Alarmeinheiten der Polizei speziell trainierte Strahlenschutztrupps. Rund 1.200 Beamte trainieren laufend für den Ernstfall und sind auf Knopfdruck einsatzbereit. Da ist alles genau festgelegt – es gibt keine Zufälligkeiten. Unterstützt können diese Strahlentrupps noch durch spezielle Strahlenschutzeinheiten der Feuerwehr und des Roten Kreuzes werden, wenn man z.B. erst suchen muß, wo sich das strahlende Material befindet." (Kronen Zeitung, 26.1.78).

Kein Wort also davon, wie sich die betroffene Bevölkerung schützen könnte – hier bleibt es nur bei Zufälligkeiten. Tatsache ist, daß keinerlei Vorsorge getroffen ist, weder in baulicher Hinsicht, noch was Wasser- und Lebensmittelvorräte betrifft. Das Volk kommt in den Plänen nicht vor.

Kaserne Hörsching:
Soldaten gegen AKW- Gegner eingesetzt

Am Dienstag, den 17. 1., setzte die Bundesregierung hunderte Soldaten der Kaserne Hörsching dazu ein, um „einen sicheren und reibungslosen Transport der Brennelemente zu gewährleisten."

Als am Dienstag der für nächsten Tag vorgesehene Einflug der Brennelemente über Hörsching an die Öffentlichkeit drang, wurde in der Kaserne eine Stimmung der Hysterie gegen AKW-Gegner angeheizt.

Die meisten Einheiten mußten strenge Bereitschaften stellen. Einige von ihnen verbrachten die Nacht in einem Hangar beim Flugfeld. Mehr als 3 Stunden Schlafgelegenheit gab es für die Bereitschaften nicht. In der restlichen Zeit mußten die mit scharfer Munition bewaffneten Grundwehrdiener das Kasernengelände gegen „terroristische Übergriffe" absichern.

Der Zweck der Maßnahmen lag vor allem darin, einen Einsatz „zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung" zu proben. Weiters wurde auch eine Gelegenheit benutzt, die Soldaten gegen die AKW-Gegner aufzuhetzen, denen die Schuld für diesen Einsatz in die Schuhe geschoben wurde.

Wenn Tageszeitungen vom 19. 1. vom „best organisierten militärischen Einsatz seit 30 Jahren" schrieben, dann hat das eine gewisse Berechtigung. Neben den Grundwehrdienern wurden nämlich etwa 80 – 100 Mann des Chargenkurses am 18.1. dazu herangezogen, mit geladenem Sturmgewehr hinter den Stacheldrahtrollen zu stehen und das Flugfeld abzusichern. Die Teilnehmer der Kundgebung gegen den Urantransport, die auf der anderen Seite des Stacheldrahtes standen, sollten ihr „Feindobjekt" sein.

Zusätzlich waren noch an die 120 schwerbewaffnete Polizisten in einem Hangar versteckt, und Soldaten der feststationierten Landwehr aus Freistadt (Mühlviertel) nach Hörsching gebracht worden.

Die Sicherheitsvorkehrungen beschränkten sich aber nicht auf „äußere Feinde", sondern die Soldaten selbst wurden verstärkt kontrolliert.

Gab es für einen kranken Soldaten Besuch, so wurde er von einer bewaffneten Wache ans Krankenbett begleitet und dort wie bei einem Besuch von Schwerverbrechern bewacht.

Soldaten, die in Verdacht geraten waren, AKW-Gegner zu sein, wurden am Donnerstag, dem 19.1., als in Linz eine Demonstration gegen AKW und Urantransport stattfand, Dienste zugeteilt.

Von einem anderen Soldaten ist bekanntgeworden, daß er als bekannter AKW-Gegner nicht zur strengen Bereitschaft zugelassen werden durfte, sondern dafür die Innendienste (KVT) anderer „schieben" mußte.



Trotz dem Großaufgebot von staatlichen Gewaltmitteln haben sich AKW-Gegner nicht einschüchtern und abhalten lassen, in Hörsching und Zwentendorf gegen die Uran-Luftbrücke zu demonstrieren. Die erfolgreiche Kundgebung von 60 – 70 AKW-Gegnern in Hörsching erhält durch die Tatsache besonderes Gewicht, daß sie trotz Polizeiverbot und Gendarmerieangriff abgehalten werden konnte.

Agitationskundgebungen gegen Strompreiserhöhungen

Bis 31. Jänner war nichts zu hören, ob die für Anfang Februar angekündigte Strompreiserhöhung nun fix ist oder nicht. Das wird sich in den nächsten Tagen herausstellen und damit auch die Frage leichter klären lassen, was noch gegen die Strompreiserhöhung getan werden kann und soll. Die beiden Berichte aus Linz und Wien schildern Erfahrungen, wie sie in diesen Tagen auch in anderen Städten in der Agitation gesammelt wurden.

WIEN

Am 31. Jänner trat die Ortsgruppe Wien des Kommunistischen Bundes Österreichs am Victor-Adler-Markt, am Praterstern und am Urban-Loritz-Platz mit Stelltafeln, dem „Klassenkampf", mit Flugblättern und unterstützt durch Megafone auf. Zeigte sich auf der einen Seite, daß die Bevölkerung im großen und ganzen nur wenig Bescheid weiß über das Stromtarifsystem und die bevorstehende Strompreiserhöhung, so zeigte sich auf der anderen Seite, daß die Enthüllung des gespaltenen Stromtarifsystems, nämlich, daß es Sonderverträge der Großkapitalisten mit den E-Gesellschaften gibt und diese weit weniger als das Volk für den Strom zahlen, vielfach große Empörung hervorrief. Außerdem stellten viele Menschen die Verbindung zu anderen staatlichen Steuer-, Tarif- und Gebührenerhöhungen der letzten Zeit her und kommentierten es etwa mit: „Was, das auch noch?"

Insgesamt haben die drei Agitationskundgebungen wichtigen Boden bereitet, um den Kampf gegen die Strompreiserhöhung aufzunehmen.

LINZ

Am Samstag, den 21.1. traten einige Zellen der Ortsgruppe Linz auf dem Taubenmarkt gegen die Strompreiserhöhungen auf. Sehr rasch entwickelten sich Debatten mit den Passanten.

Alle waren der Meinung, daß die Strompreiserhöhungen einen zusehends größeren Anteil vom Lohn verschlingen. Manchen sahen das als Ausdruck des gestiegenen Wohlstandes, der vielen Elektrogeräte in den Haushalten. Die meisten Menschen konnten wir jedoch überzeugen: Wo Mann und Frau berufstätig sind, ausgezehrt von Überstunden und Akkord, Nacht- und Schichtarbeit, langen Fahrtwegen - da sind Waschmaschine, Geschirrspüler, Staubsauger etc. kein Luxus, sondern unbedingt notwendige Dinge.

Daß etwas geschehen müßte - darin stimmten uns die meisten Menschen zu.

Nach unseren Erfahrungen hat von den Argumenten der Regierung für die Strompreiserhöhung am meisten das Märchen verfangen, daß die Verzögerung von Zwentendorf bzw. die Nicht-Inbetriebnahme notwendig den Strom teuerer machen würde. Nicht verfangen hat dieses Argument unter den AKW-Gegnern, von denen sich etliche uns in den Debatten auf der Straße anschlossen und uns darin unterstützten, daß tatsächlich die Strompreiserhöhung auch dazu dient, das AKW-Programm zu finanzieren.

Die Politik der Plünderung hat auch in den Reihen der SP Widerstand hervorgerufen. 3 Jugendliche aus einer SJ-Gruppe erkundigten sich nach Aktionen und meinten, wenn es so weiter gehe, sei in der SP kein Platz für sie.

Die Polizei wollte ständig unser Auftreten stören. Zuerst unter dem Vorwand, die Kundgebung sei überhaupt nicht gemeldet, dann hieß es, es sei der Lautsprecher nicht genehmigt.

Gegen Ende der Kundgebung nahm die Polizei überfallsartig einen Genosen fest, der durch den Lautsprecher sprach. Zwei andere Genossen, die die Festnahme verhindern wollten, wurden ebenfalls festgenommen. Einer von ihnen gleich in Handschellen gezwängt und im Polizeiwagen mit dem Knüppel arbeitsunfähig geschlagen. Unter den Passanten löste dies große Empörung aus, einige stellten sich gemeinsam mit uns den Polizisten bei der Festnahme in den Weg.

Die Festnahmen konnten nur durchgeführt werden, weil wir auf den Überfall der Polizei nicht rasch und einheitlich reagierten, teils uns in Einzelkämpfe mit Polizisten einließen, teils der Polizei zu wenig geschlossenen Widerstand leisteten.

Hätten wir uns geschlossen mit den Passanten der Polizei in den Weg gestellt, ohne uns zu Schlägereien provozieren zu lassen - hätte die Polizei wenig Chancen gehabt.

Als ein Polizeioffizier erschien und seine Mannen von einer empörten Menschenmenge eingekeilt sah, erstattete ihm ein Untergebener folgende Meldung: „Es ist immer das gleiche, wir greifen ein, sie ziehen die Passanten auf ihre Seite und dann stehen wir da".

Ja, es ist immer das gleiche. Für eine gerechte Sache läßt sich viel Unterstützung gewinnen. Das Auftreten gegen die Strompreiserhöhungen ist so eine gerechte Sache.

Demonstrationen gegen Brennelementeanlieferung in ganz Österreich

Wien

In Wien demonstrierten ca. 3.200 Menschen trotz kurzer Vorbereitungszeit gegen die Anlieferung. Beim Bundeskanzleramt wurde eine Protestresolution des Koordinationsausschusses der IÖAG abgegeben, in der es heißt:

„Gerade Ihre Politik läßt die Bevölkerung erkennen, daß jene Mächte, die hinter dem Atomprogramm stehen, auch im Parlament die Fäden ziehen. Doch die Bevölkerung wird weder „vollendete Tatsachen" noch einen „Parlamentarischen Segen" für das Atomprogramm akzeptieren.

Die IÖAG fordert im Namen der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung die sofortige Einstellung der Uranlieferungen und die Rücknahme der Lager- und Transportgenehmigungen für die Uran-Brennstäbe!

KEINE INBETRIEBNAHME DES ATOMKRAFTWERKES ZWENTENDORF!

Linz

In Linz beteiligten sich 170 Menschen an der Demonstration, 200 nahmen an der Abschlußkundgebung vor dem Sitz der Landesregierung teil. In die Demonstration reihten sich auch 2 Soldaten aus Hörsching in Uniformen ein.

Innsbruck

In Innsbruck fand die nach Wien zweitgrößte Demonstration mit 250 Teilnehmern statt.

Das Bild wurde auch von Losungen für den Austritt aus der Internationalen Energieagentur und gegen die geplante Strompreiserhöhung geprägt.

Ansonsten gab es noch Demonstrationen in Graz mit 100, in Klagenfurt mit 80 – 100, in Salzburg mit über 200 Teilnehmern. In Vorarlberg wurden Informationsstände aufgestellt.

Gespräch mit einem Gaskassier

Frage an den Ableser der Wiener Stadtwerke, der jedes Jahr im Jänner die Zähler ablesen kommt: „Was sagen Sie zu der geplanten Erhöhung?"

Ableser: „Ich sage gar nichts. Wir können uns was anhören von den Leuten. Den letzten beißen die Hunde. Wir können gar nichts machen dagegen."

Frage: „Regen sich nicht die Leute besonders auf, die den ganzen Haushalt auf E-Geräte umgestellt haben?"

Ableser: „Das schon, aber was ich so stark finde, daß sie jetzt im Fernsehen Reklame machen für Erdgas. Dabei haben sie schon bei der Gaspreiserhöhung angekündigt, daß dieses Jahr eine neue Erhöhung kommen wird. Das schlimmste daran ist, daß wir beim Erdgas völlig von den Russen abhängig sind. Was werden wir machen, wenn die uns einmal das Gas abdrehen?"

Frage: „Die Regierung redet in letzter Zeit viel von einer unbedingt notwendigen Ausweitung des Exports in den Ostblock und nach Rußland. Hängt das nicht miteinander zusammen?"

Ableser: „Das hängt zusammen. Aber das ist für uns in Österreich schlecht, wenn wir auf den Import von Erdgas aus und den Export österreichischer Waren nach Rußland angewiesen sind. Die Russen können uns dann erpressen. So wie die sich auf der ganzen Welt aufführen, werden sie das auch machen. Das ist ein Schlag gegen unsere Unabhängigkeit".

Als jugendliche Arbeiterin in einem Großkaufhaus

Vor einiger Zeit, ich war damals noch nicht 18 Jahre, nahm ich die Arbeit als Aushilfsverkäuferin in einem Linzer Großkaufhaus an. Ich hatte dort dieselbe Arbeit wie auch die anderen Arbeiterinnen zu erledigen. Wegen meines Alters bekam ich aber nicht denselben Lohn, sondern um vieles weniger, da man bis zum 19. Lebensjahr in die Jugendlohngruppe fällt.

Wegen der vielen Arbeit in der Vorweihnachtszeit arbeitete ich täglich 8 Stunden, auch Samstags. Mein Bruttolohn betrug mit Überstunden S 4.500,-. Ausbezahlt wurden mir S 3.500,- pro Monat.

Mit diesem Lohn kann man natürlich nicht auskommen, noch dazu, wenn auch von zu Hause keinerlei finanzielle Unterstützung möglich ist. Ich war damals trotzdem froh, eine solche Arbeit zu finden, obwohl mir klar war, daß die Unternehmer eine derartige Situation entsprechend ausnützen, um die Werktätigen noch mehr auspressen zu können.

Allerdings hat man in dieser Branche immer noch die Möglichkeit, den Lohn durch Prämien – für die Aufdeckung von Ladendiebstählen – „aufzubessern", wie das die Betriebsleitung schmackhaft machen will. Pro aufgedeckten Diebstahl sind einem mindestens S 120,-, ab 5 „Diebesüberführungen" zusätzlich eine Prämie von S 500,- sicher.

Ein paar Monate später wurde ich dann als Lagerarbeiterin eingesetzt. Da bekam ich plötzlich mehr als früher, aber nicht deswegen, weil ich eine körperlich schwerere Arbeit verrichten mußte, sondern weil ich inzwischen 18 Jahre alt geworden war. Ich bezog dann einen Bruttolohn von S 5.750,- (Netto ca. 4.250,-). Mit einem trotzdem viel zu niedrigen Lohn stehe ich sicher nicht als einzige da. Es hat sich gezeigt, daß besonders in Betrieben, wo hauptsächlich Frauen eingesetzt werden, das Lohnniveau gegenüber dem der Männer ziemlich niedrig ist. Auch dann, wenn sich die Intensität und die Härte der Arbeit von der Männerarbeit nicht unterscheidet: Eine Kollegin arbeitete z.B. im Lager der Haushaltsabteilung. Sie hatte die Ware entgegenzunehmen. Das sieht so aus, daß sie den ganzen Tag nur schwere Pakete (vor allem mit Glas, Porzellan und Metall), von denen eines im Durchschnitt 20–30kg wiegt, schleppt.

Ein Arbeitstag von 8 Stunden ist sehr anstrengend, besonders wenn von seiten der Abteilungsleiter alles darangesetzt wird, daß außer der 55-minütigen Mittags- und einer eventuellen 20-minütigen Jausenzeit keine weiteren Minuten der Arbeitszeit für den Betrieb verlorengehen. Das wirkt sich umso stärker auf den Verschleiß der Arbeitskraft aus, wenn man bedenkt, daß sich beispielsweise die oben erwähnte Kollegin im Durchschnitt pro Tag mit 7–9 Tonnen Warenkisten abrakkern muß.

Das spielt sich Tag für Tag in unzähligen Betrieben ab. Gerade in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise verschärft sich die Situation der Werktätigen immer mehr. Sie sind gezwungen, ihre Arbeitskraft unter immer schlechteren Bedingungen zu verkaufen. Dies gilt für die ganze Arbeiterklasse und die Frau ist dieser Unterdrückung und Ausbeutung in verstärktem Ausmaß ausgesetzt. Daraus ergibt sich die Folgerung, daß auch die Frauen am Kampf der gesamten Arbeiterklasse teilnehmen müssen.

Wertheim/Wien: Ausdehnung der Arbeitszeit bis hin zur Schichtarbeit

10, 12 und oft noch mehr Stunden pro Tag und Samstagsüberstunden – so schaut die Arbeitszeit für viele Arbeiter bei Wertheim aus. Seit ein paar Monaten sind nun auch einige Kollegen von der Schichtarbeit betroffen. Der Grund: die ausgezeichnete Auftragslage für die Kapitalisten. 1977 gab es eine Auftragssteigerung von 19% gegenüber 1976, alle Produktionsbereiche sind voll ausgelastet.

Diese gute Auftragslage versuchen die Kapitalisten mittels ständig steigender Arbeitshetze und ungeheuerer Verlängerung des Arbeitstages bei möglichst gleichbleibendem Belegschaftsstand zu bewältigen. Gegenwärtig werden einige ganz moderne Maschinen angeschafft, um vor allem die Einzelteilproduktion steigern zu können. Diese Neuanschaffungen nahmen sie auch gleich zum Anlaß, in größerem Umfang mit Schichtarbeit zu beginnen. Es gab zwar schon früher, vor allem bei Engpässen, Schichtarbeit für ein paar Wochen, heute deutet aber alles darauf hin, daß die Schicht fix eingeführt werden soll.

Vor allem die neuen Maschinen sollen täglich so lange wie möglich laufen, um die unproduktive Stehzeit zu verringern, gleichzeitig damit soll der Boden für eine noch umfangreichere Schichtarbeit vorbereitet werden. Vorbereitet vor allem mittels Drohungen und Einschüchterung auf der einen Seite, mit Zuckerln, wie die von der Firmenleitung erwähnte Möglichkeit nach innerbetrieblicher Erhöhung der Schichtzulage auf der anderen.

Begonnen wurde die Schichtarbeit mit 10 Kollegen. Dabei gab es eine Reihe empörender Zustände bei der Nachmittagsschicht: Die Kollegen hatten kein warmes Essen aus der Kantine, man konnte sich nichts zum Trinken kaufen, als es kalt wurde, wurde auch die Heizung nach Normalarbeitsschluß abgedreht und beim Duschen um 22 Uhr gabs öfters nur mehr lauwarmes Wasser. Die Kollegen protestierten dagegen auch beim Betriebsrat und diese Zustände wurden abgeschafft.

Die von der Schicht betroffenen Kollegen haben auch beschlossen, die Nachmittags-Schicht am Freitag schon um 20 Uhr, statt um 22 Uhr zu beenden. Als sie diesen Beschluß ausführten, wurden sie von den Kapitalisten, die sich auf das Arbeitszeitgesetz berufen konnten, schriftlich verwarnt.

Die Schichtarbeit ist verhaßt. Nicht nur bei denen, die sie selbst am Hals haben, sondern auch bei den anderen Wertheim-Arbeitern stößt sie auf breite Ablehnung. Auch der Betriebsratsobmann hat sich offen dagegen ausgesprochen. Es sind nur wenige Kollegen, die der Schichtarbeit direkt unterworfen sind. Als einzelne haben sie erfolgreich bessere Bedingungen für ihre Arbeit herausschlagen können. Den Kampf gegen die Schichtarbeit bei Wertheim überhaupt können sie erfolgreich nur führen, wenn sie sich mit der ganzen Belegschaft zusammenschließen. Die Bedingungen dafür sind nicht ungünstig.

Die Absicht der Kapitalisten ist es, die Jagd nach Maximalprofiten über die Ausdehnung der Arbeitszeit zu betreiben. Der Druck auf den Lohn gibt ihnen die Grundlage dafür, die Arbeiter zur Leistung von Mehrarbeit zu zwingen. Über den schlechten Lohnabschluß im Winter 1976/77 wurden die Kollegen mit der Aussicht auf die Möglichkeit vertröstet, mit Überstunden sich mehr verdienen zu können.

Damit hatten die Kapitalisten den Weg zur Ausdehnung der Arbeitszeit für alle bis hin zur Schichtarbeit für einige Arbeiter gemacht. Der letzten Statistik zufolge gibts über 32.000 Überstunden monatlich, pro Kopf ca. 26,4 Überstunden.

Die vielen Überstunden, die Arbeitshetze und noch viel mehr die Schichtarbeit führen bei den Kollegen zu Nervosität, Schlafstörungen, Magen- und Verdauungsschwierigkeiten usw. Sie führen aber auch zu Arbeitsunfällen – so gab es im Vorjahr wiederum 31 Arbeitsunfälle, wobei hier die kleineren Verletzungen natürlich nicht mitgerechnet sind. Immer mehr Kollegen greifen wegen dieser Bedingungen zum Alkohol – die traurige Bilanz, die hier zu ziehen ist: Die „soziale" Firma Wertheim hat bereits in Kalksburg ein eigenes Bett gemietet!

Angesichts der kommenden KV-Verhandlungen ist es von großer Bedeutung, sich Klarheit über den Zusammenhang zwischen der Ausdehnung der Arbeitszeit und dem Lohnkampf zu schaffen. Voriges Jahr hat sich gezeigt, daß Zurückhalten beim Lohn und Hoffen auf Überstunden nichts bringt. Je mehr die Arbeiter den Kapitalisten bei der Durchsetzung ihres Schlachtplans zur Steigerung der Ausbeutung nachgeben, desto schärfer werden deren Angriffe. Bei der Debatte über die notwendige Lohnforderung ist wichtig, eine solche Höhe zu beschließen, die nicht von vornherein zur Überstundenschinderei zwingt. So kann die Wertheim-Belegschaft diese Debatte gleichzeitig auch nutzen, um eine Front aufzubauen, gegen die maßlose Ausdehnung der Arbeitszeit.

Durchbrechung des Normalarbeitstages durch beständigen Zwang zu Überstunden ist ebenso Bestandteil des Schlachtplans der Bourgeoisie wie die Schichtarbeit und ihre Ausdehnung. Der Kampf dagegen muß auch Bestandteil der Abwehrfront gegen diesen Plan der Kapitalisten bei Wertheim sein.

Zelle Wertheim

Waagner- Biro: Die Erfahrungen mit der Innerbetrieblichen für die Vorbereitung des KV nutzen

Nach monatelanger Verzögerung gibt es jetzt bei Waagner-Biro eine innerbetriebliche Lohnerhöhung. Allerdings werden nur 40% der Belegschaft etwas davon haben. In den früheren Jahren schaute bei der regelmäßigen Innerbetrieblichen noch für 8 von 10 Arbeitern eine Lohnerhöhung heraus.

Unmut gab es schon bisher über die Art, wie die Lohnerhöhung vergeben wurde: eine bestimmte Geldsumme wird über die verschiedenen Abteilungen des Betriebes verteilt und in den Abteilungen entscheidet der Meister, wer von den Arbeitern etwas und wieviel er bekommt. Nicht eine Lohnhöhe, die man heute zum Leben braucht, war der Gesichtspunkt bei der Erhöhung, sondern Belohnung für die Hinnahme der gesteigerten Ausbeutung. Gleichzeitig wurde dabei die Belegschaft kräftig gespalten, gegenseitige Konkurrenz und Neid unter den Arbeitern geschürt.

Jetzt, wo nur mehr 4 von 10 Arbeitern überhaupt eine Lohnerhöhung erhalten, sehen viele Kollegen noch deutlicher, daß eine solche Innerbetriebliche sowohl in der Höhe als auch in der Art der Vergabe für die wenigsten Arbeiter was bringt. Dementsprechend empört reagieren sie auch auf die Erhöhung. Jetzt werden viele daherkommen, von der Firmenleitung bis zu einigen SP-Betriebsräten und meinen, bald gibt's ja wieder was, der neue Kollektivvertrag steht vor der Tür. Daß er vor der Tür steht, ist klar, was er bringen wird, ist nicht klar. Es ist nichts Neues, daß die Kapitalisten, so auch die der Eisen- und Stahlbranche, die KV-Erhöhungen so gering als möglich ausfallen lassen wollen.

Sie werden auf die schlechte Lage in einigen Betrieben verweisen, und große Opfer von allen Metallarbeitern verlangen. Von solchen Opfern können die Kapitalisten nie genug bekommen. Sie streben nach Haltung und Erhöhung ihrer Profitrate und steigern dazu die Ausbeutung und versuchen den Lohn zu drücken. Einen Vorgeschmack haben die Kollegen bei Waagner Biro im Jahr 1977 schon bekommen: massive Kündigungen, zahlreiche Versetzungen, die oft mit Lohnverlusten verbunden sind, schärfere Antreiberei, Einsparungen bei den Arbeitsbedingungen, wie etwa den Waschräumen, und auch bei den Sozialleistungen.

Auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten haben sich die Biro-Kapitalisten dabei ganz schön saniert:

Trotz internationaler Krise und schärfster Konkurrenz stehen sie heute recht gut da:

Im Jahr 77 stieg der Aktienkurs der Biro – ein Indikator für die Profitlage – am kräftigsten seit vielen Jahren, nämlich um knapp 30%!

Aktienkurs am Jahresende	1974 : 198
	1975 : 218
	1976 : 231
	1977 : 296!

Ebenso erreichte der geschätzte Nettogewinn im 76er-Jahr eine einsame Spitze: 21% des Eigenkapitals, das zur Zeit 100 Millionen Schilling beträgt, gegenüber 16% im Jahr 75.

Das, und wie die Innerbetriebliche diesmal ausgefallen ist, muß man bei der Vorbereitung der KV-Runde im Auge behalten. Je geringer die KV-Erhöhung jetzt ausfällt, desto schärfer wird sich das Ausbleiben einer ordentlichen Innerbetrieblichen für die meisten Kollegen auswirken. Und je tiefer die Kapitalisten einen Teil der Arbeiter drücken und die ganze Belegschaft spalten können, desto größeren Spielraum haben sie, ihre Angriffe auf alle vorzutragen. Wir sollten aus der Vergangenheit lernen: Solange die Vorbereitung und Durchführung der Lohnverhandlungen den sozialdemokratischen Führungsspitzen der Gewerkschaften überlassen bleiben, schauts für uns schlecht aus. So war es auch bei der innerbetrieblichen Lohnerhöhung, wo die Betriebsrats-Spitzen hinter verschlossenen Türen mit der Firmenleitung verhandelten. So wird's sein, wenn dies bei den KV-Verhandlungen ebenso geschieht. Ändern können wir das nur, wenn wir uns überlegen: Was brauchen wir, welche Forderungen stellen wir auf, und wie können wir sie durchsetzen – und dies nicht den ÖGB-Sptzen, oder sonst wem überlassen.

Zelle Waagner-Biro Wien

Bank- KV: Geldsäcke setzen Gehaltsabbau durch

Vor zwei Wochen wurde der neue Kollektivvertrag für die Angestellten der Kreditinstitute bekanntgegeben:

* 5,9% Erhöhung der Bruttogehälter
* Laufzeit ab 1.1.1978, Stillhalteabkommen für 13 Monate bis 1.2.1979
* Kein Sockelbetrag, keine Mindesterhöhung.

Die betroffenen Lohnabhängigen werden im kommenden Jahr spürbar weniger Reallohn haben als im Jahr davor. Ein Rechenbeispiel läßt das deutlich werden:

Bruttogehalt bisher:	9.937,--
abzüglich bisheriger Sozialversicherungsbeitrag:	1.316,--
abzüglich bisherige Lohnsteuer:	1.3o5,-- 1)
Ergibt bisherigen Nettobezug:	7.316,--
Gehaltserhöhung 5,9% auf den bisherigen Bruttogehalt:	586,30
abzüglich Erhöhung des Sozialversicherungsbeitrages auf den bisherigen Gehalt per 1. Jänner 1978 2)	54,60
abzüglich Sozialversicherungsbeitrag vom Erhöhungsbetrag 3)	80,90
abzüglich Lohnsteuer vom Erhöhungsbetrag 4)	193,50
Ergibt neuen Nettobezug:	7.572,--
Netto-Gehaltssteigerung in S:	257,30
in %:	3,52%

1) Unter Berücksichtigung eines KFZ-Pauschales von S 572,–
2) von 13,25% auf 13,8%; die Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage kommt bei diesem Gehalt zum Tragen
3) 13,8%
4) Grenzsteuersatz 33%

Die Gewerkschaftsführung hat bewußt ja gesagt, zu dem Plan, die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen zugunsten der Profitsäcke zu verschlechtern.

Der Kapitalistenklasse ist es mit dem Abschluß gelungen, bei einem weiteren Teil der Lohnabhängigen den Lohnraub unter Dach und Fach zu bringen.

Die Führung der Gewerkschaftssektion Geld und Kredit ging mit einer Forderung von 8,3% in die Verhandlungen.

Kein Sockelbetrag, keine Mindesterhöhung bei diesem 5,9%-Abschluß – das bedeutet für den Großteil der Angestellten eine noch geringere Netto-Erhöhung in S als das im obigen Beispiel herauskommt (S 10.000,- ist ein überdurchschnittliches Monatsgehalt in diesem Bereich).

Als der Abschluß dann auf dem Tisch lag, waren die nackten Zahlen offensichtlich nicht geeignet, das Ergebnis den Angestellten als Erfolg erscheinen zu lassen. Es reicht ja bei weitem nicht zur Erhaltung des realen Gehaltsniveaus. Die Führung der Gewerkschaft verlegte sich daraufhin auf die Werbetricks von Waschmittelverkäufern, um das Ergebnis herauszuputzen. Ein Rundbrief hat die Überschrift:

„Zum 4. Mal Gehaltserhöhung nach 12 Monaten" Als Erfolg wird also angegeben, daß überhaupt jedes Jahr abgeschlossen wird. Außerdem ist für den Abschluß natürlich die Höhe, in Beziehung gesetzt zur Geldentwertung, und Laufzeit, das Wesentliche. Die Laufzeit sind 13 Monate, und was die völlig unzureichende Höhe des Abschlusses anlangt, tricksen sich die Verfasser des Zirkulars mit ihren eigenen kosmetischen Kunststücken aus. Es heißt, daß es *„gelang....., eine lineare Erhöhung der Gehälter um 5,9% ab 1. Jänner 1978 .... zu erzielen. Das entspricht einer Erhöhung für die vorgesehene Laufzeit von 13 Monaten von ca. 6,4%. Die nächsten kollektivvertraglichen Erhöhungen werden am 1. 2. 1979 erfolgen."* Dadurch, daß man die Laufzeit über ein Jahr hinaus verlängert, werden aus den 5,9% aber auch keine 6,4%.

Puch/Graz: Neue Leistungspunkte begleitet von Drücken auf den Grundgehalt

Ab 1. 12. wurden für die Puch-Angestellten die alljährlichen Leistungspunkte vergeben. Bei den konzernalen Verhandlungen in Wien wurden für die Angestellten der Grazer Betriebe Leistungspunkte im Umfang von S 96.000 ausgehandelt. Was die Leistungspunktvergabe im ganzen Konzern ausmacht, ist in Graz nicht bekannt. Der Umfang der Leistungspunktvergabe wird jedoch von den Steyr-Daimler-Puch-Kapitalisten vom Umsatz des Konzerns und von der „wirtschaftlichen Lage" abhängig gemacht und die Betriebsräte können sich dann streiten, welcher Betrieb mehr von den Krümeln bekommt.

Die für die Grazer Betriebe ausgehandelten S 96.000,- wurden dann in innerbetrieblichen Verhandlungen zwischen Betriebsräten und Abteilungsleitern „aufgeteilt", wobei die Anzahl der Leistungspunkte, die ein Kollege bekommt, von der Beschreibung der Arbeitsleistung, die der Abteilungsleiter macht, abhängt. Die Höhe eines Leistungspunktes richtet sich nach der Punkteanzahl, die für einen Arbeitsplatz im Rahmen der sogenannten Teilanalytischen Arbeitsplatzbewertung (TAB) festgelegt wurde.

So bekamen in unserem Büro 3 Konstrukteure je einen Leistungspunkt, der durchschnittlich brutto 305,- ausmacht. Gleichzeitig wurden dem ersten Kollegen S 65,-, dem zweiten S 125,- und dem dritten gleich S 182,- abgezogen. Die Begründung der Werksleitung:

Bei der Erstellung der Teilanalytischen Arbeitsplatzbewertung (TAB) 1974 wurde eine TAB-Grundgehaltlinie festgelegt. Auf diese TAB-Grundgehaltlinie wurden einige Angestelltengehälter teilweise angehoben und für andere Teile der Kollegen reduziert. Für diejenigen Kollegen, für die eine solche Reduzierung einen „zu starken Gehaltsverlust" bedeutet hätte, wurde ein „provisorisches Rahmengehalt" ausgehandelt. Dieses provisorische Rahmengehalt, das bis jetzt über der TAB-Grundlinie lag, wurde jetzt auf diese reduziert.

Die Werksleitung versuchte nun, den Unmut der Kollegen aus dem Weg zu räumen, mit dem Argument: „Seien *wir* doch froh, daß es noch Überzahlungen über den KV gibt, in anderen Betrieben gibts das nicht!" Dem antworteten die Kollegen mit einer tiefgehenden Debatte über die Frage, warum denn eigentlich die TAB-Grundgehaltlinie so niedrig sei, und warum denn eigentlich der KV-Gehalt so tief unter der TAB-Grundgehaltlinie liege? Offensichtlich ist, daß die Gehälter immer mehr auf das unterste Niveau gedrückt werden sollen. Mit Leistungspunkten für einige wenige versucht die Konzern-Leitung diese Absicht zu verschleiern und die Angestellten insgesamt zu spalten.

Diese Auseinandersetzung in unserem Büro war die erste im Hinblick auf die nächsten KV-Verhandlungen; zweifelsohne wird die Debatte weitergehen, wenn wir uns nicht einwickeln lassen durch die Argumente von der „wirtschaftlichen Situation" und vom „Maßhalten bei den Lohnrunden". Stattdessen werden wir alles daransetzen, konkrete Forderungen aufzustellen auf der Linie:

Ausreichende Grundgehaltserhöhung in Schilling und Groschen für alle Angestellten!

Zelle Puch

Neues Kassensystem verschärft Rationalisierung, Kontrolle und Leistungsdruck

Seit Mitte Juni müssen die Kassierinnen an den 18 Kassen des Maximarktes Linz mit einem neuen, aus den USA stammenden und von IBM installierten Kassensystem, dem „Price-look-up-system" oder „Sichtpreissystem", arbeiten. Die Erfahrungen, die die Kapitalisten bisher damit gemacht haben, „sind so positiv, daß innerhalb der nächsten 2 Jahre auch die anderen Maximärkte mit diesem System ausgestattet werden". (Echo der Heimat, Nr. 9/77, Postwurfsendung)

Das neue System besteht darin, statt des Preises eine auf der Packung aufgedruckte Artikelnummer in die Kasse zu tippen. Die zur Artikelnummer gehörende Warenbezeichnung und der Preis werden vom Computer abgerufen und auf einer Leuchtanzeige über der Kasse angezeigt. Auch Flaschenpfandbeträge, etwaige Stornos, Geschenkbons, Geldrückgabe, Datum, Uhrzeit und die Nummer der Kasse scheinen auf der Rechnung auf. Derzeit sind bereits 20.000 Artikel gespeichert.

Wo nicht das Fließband eingesetzt ist, werden die Arbeitsplätze zumindest fließbandartig eingerichtet, und damit der zeitliche Bewegungsspielraum zusätzlich immer mehr eingeengt. Denn: „Zeit ist Geld" und je mehr Waren verkauft werden, desto höher die Profitrate der Handelskapitalisten.



Das neue Kassensystem von IBM verschärft den Leistungsdruck der Kassierinnen der Maximärkte enorm.

Dieses System bringt ihnen in der Tat Vorteile, durch die sie sich im scharfen Konkurrenzkampf bessere Positionen sichern wollen.

„Schnellere Abwicklung an den Kassen durch einen rascheren Kassiervorgang", heißt es im „Echo der Heimat". Allerdings verschärft sich die Arbeitshetze immer mehr! Im Gespräch mit einer Kassierin erfuhr ich, daß der Leistungsdruck und der Zwang, sich voll auf die Zahlen, die zudem oft wesentlich länger sind, als es früher die Preise waren, zu konzentrieren, enorm gestiegen sind. Die Kassierin soll nichts anderes als ein Teil des Computers sein. Die Maschine gibt ihr Zeichen und kontrolliert sie. Denn „Reklamationen werden weitgehend ausgeschaltet" („Echo der Heimat"). Bei einem Tippfehler der Kassierin sendet der Computer entsprechende Signale aus. Sie muß sich also voll auf Warennummer und Computertastatur konzentrieren, alles andere würde sie ablenken, und es ihr unmöglich machen, das mörderische Tempo durchzuhalten.

Und das neue System bringt auch noch „Kostensenkung, exakte Daten über gängige Artikel und Ladenhüter, Artikelkontrolle zur Sortimentsverbesserung, Lagerreduzierung, Erhöhung der Umschlagshäufigkeit, artikelmäßige Erfassung des Umsatzes für kurzfristige Erfolgsrechnung und Disposition – und bessere Führungsinformation" (ebenda) mit sich. Es ist wieder einmal ausgezeichnet gelungen, technische Neuerungen auf Kosten der Angestellten einzusetzen, Kostensenkungen und höhere Gewinne für die Kapitalisten zu erzielen.

Der Charakter der Arbeit der Kassierinnen wird damit durch noch mehr Monotonie und Unselbständigkeit bestimmt. Weitere Rationalisierungsmaßnahmen sollen nun die Arbeiterinnen und Angestellten im Handel belasten. Frauen, die auf Grund ihrer untergeordneten Stellungen ohnehin ständig in die Haltung von Befehlsempfängern gedrängt werden.

Für die weiblichen Arbeiter und Angestellten verschlimmert sich die Situation nicht zuletzt durch ihre bedrückende materielle Lage und die diskriminierenden Lohngruppen. Auch für die Frauen in den Handelsbetrieben stellt sich der Kampf gegen die Steigerung der Ausbeutung, gegen die wachsende materielle Verelendung als unmittelbare Aufgabe. Die Spaltung der Arbeiterklasse und der Gesamtheit der Lohnabhängigen in Männer und Frauen zu überwinden, ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur sozialistischen Revolution.

Post: Immer mehr Arbeit – immer weniger Geld

Die Belastung im Zustelldienst der Briefträger nimmt täglich zu. Wo wir früher in 48 Stunden ohne Hetze unseren Dienst verrichtet haben, wird jetzt verlangt, daß wir dieselbe Arbeit in 40 Stunden machen, und dabei ist die Post immer mehr geworden und immer schwerer. Das Zustellmaterial ist um mehr als 30% gestiegen.

Der Dienst läßt immer weniger Zeit, mit den Kollegen zu reden. Sowohl bei uns als auch bei den Schalterbeamten gibt es Kontrollen. Wenn diese Systemisierung (Arbeitszeitmessung) ist, dann müssen wir schnell schnell arbeiten und sollen nicht mit den Kunden und Parteien reden, dürfen keine Auskünfte geben. Das fällt nicht in die Arbeitszeit hinein, sagt man. Aber dazu sind wir doch gerade da. Also leiden auch alle anderen Leute unter unserer Arbeitshetze.

Diese gestiegene Hetze führte natürlich dazu, daß wir nicht in 8 Stunden mit der Arbeit fertig werden, sondern Überstunden machen. Auf dem Papier ist uns also eine 40-Stunden-Woche zugesichert worden, aber praktisch ist das ganze Gesetz für die Katz.

Zu dieser Schweinerei kommt seit neuestem ein zusätzlicher schwerer Angriff:

Die Überstunden werden nicht mehr bezahlt! Die Post wird immer mehr, aber wir bekommen immer weniger. Wir werden zu unbezahlter Mehrarbeit herangezogen, in der Zeit, wo wir uns erholen und regenerieren sollen.

Einstellung zusätzlicher Briefträger!
Verkleinerung der Rayons!
Keine Samstagszustellung!
Bezahlung der Überstunden!

Die westdeutschen Hafenarbeiter durchbrechen die Lohnsenkungspolitik der Bourgeoisie

Fortsetzung von Seite 1

menhang werden die am 31. 12. 1977 abgelaufenen Tarifverträge bis zum 31. 1. 78 verlängert.'

Mit großer politischer Klarsicht und in der bitteren Erkenntnis, daß es keinen anderen Weg gibt, haben 8.875 Seehafenarbeiter 'diesen Zusammenhang' erkannt und zerrissen.

Weil dieser Zusammenhang, der nichts als Abspaltung des Kampfes ist, jetzt zerrissen worden ist, muß die Gewerkschaftsführung erneut Verhandlungen suchen."(Aus der Extra-Ausgabe Nord vom 31. 1. 78 der Kommunistischen Volkszeitung, dem Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland).

Das Ziel der Hafenarbeiter ist jetzt die Durchsetzung der Bezahlung für Januar. Die Kapitalisten und die westdeutsche Regierung tun alles, um die Arbeiter zu spalten. Die Lage ist jetzt nicht einfach, aber der Kampf der Hafenarbeiter ist schon jetzt ein bedeutender politischer Erfolg. Die Hafenarbeiter haben die Politik der dauernden Lohnsenkungen durchkreuzt. Die westdeutsche Regierung hält 3,5% Lohnerhöhung für „wirtschaftlich vertretbar" und will nicht mehr billigen. Die Hafenarbeiter haben solche Pläne über den Haufen geworfen, die Hafenkapitalisten zum Rückzug gezwungen und die Lohnpolitik der Kapitalistenklasse und ihrer Regierung durchbrochen. Darin besteht die entscheidende Bedeutung dieses Kampfes und das macht auch das Wesentliche des Erfolgs der Hafenarbeiter aus.

Diesen Erfolg haben die Hafenarbeiter zustandegebracht in einer Situation, wo eine Welle von Streiks in großen und kleinen Betrieben ganz Deutschland überzieht und die Arbeiter verschiedener Branchen dabei sind, eine einheitliche Kampffront gegen die Politik der westdeutschen Bourgeoisie zu errichten, die die Arbeiterklasse ins Elend stürzen muß, will sie die Bedingungen ihrer imperialistischen Expansion verbessern. In der Stahlindustrie treffen die Kapitalisten mit ihrer Absicht, 6 Monate gar nichts, und dann 3,5% zu geben, auf den heftigen Widerstand der Arbeiter. Am 17. 1. trat die Frühschicht des Edelstahlwerks Thyssen in den Streik, am 18. 1. die Frühschichten der Hoesch-Hüttenwerke, Westfalenhütte und Phoenix (ca. 5.000 Arbeiter). Als die Stahlkapitalisten auf ihrem Angebot beharrten, bekundeten am Wochenende darauf über 30.000 Stahlarbeiter durch Warnstreiks ihre Kampfbereitschaft. In der Metallindustrie herrscht eine ähnliche Lage und der Vorsitzende der IG Metall von Nordwürttemberg und Nordbaden mußte letztes Wochenende schon von Streikbereitschaft reden. Im schon monatelang dauernden Kampf in der Druckerei um die Arbeitsbedingungen an den neuen Maschinen, greifen die Drucker und Setzer immer wieder zum Mittel des Streiks. Im öffentlichen Dienst wird eine Festgeldforderung von 220 DM diskutiert und von immer mehr Sektionen der Gewerkschaft auch aufgestellt. Das ganze letzte Jahr schon sammelt die westdeutsche Arbeiterklasse Kräfte für den Kampf gegen verschärfte Ausbeutung und Senkung des Lohnniveaus. Die Diskussionen um den Lohn und die Arbeitsbedingungen schlagen sich in immer mehr konkreten Beschlüssen von Belegschaften der Abteilungen oder ganzer Betriebe nieder, die Forderung nach dem 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich wird immer lauter erhoben und ist in der Druck- und Metallindustrie schon so fest verwurzelt, daß sie von den Gewerkschaftstagen beschlossen wurde. In dieser Situation ist der Streik der Hafenarbeiter Vorbild, Ermutigung und Ansporn für die westdeutsche Arbeiterklasse, Grund zum Zittern für die westdeutsche Bourgeoisie.



Hamburger , 26.1., Streikposten am Burchardkai

Kein Wunder, daß der Kampf der Seehafenarbeiter energische Unterstützung fand. Nicht nur aus den Betrieben, sondern auch aus Krankenhäusern, Schulen, Büros, Instituten und Kasernen kamen Solidaritätsadressen. Arbeiter der Müllabfuhr in Hamburg schrieben: *„Kollegen, Euer Ergebnis der Urabstimmung für Streik ist ein Zeichen Eurer Einigkeit. Wir Arbeiter von der städtischen Müllabfuhr unterstützen Euren Lohnkampf. . . . Das Ergebnis der Urabstimmung und die wilden Versuche, Streik zu verhindern, ... zeigen die Macht, die wir Arbeiter haben . . . . Durch gegenseitige Unterstützung werden wir hohe Lohnforderungen durchsetzen."*

Auch die Arbeiter anderer westeuropäischer Häfen unterstützen ihre Klassengenossen in der BRD und waren bereit, ein Umdirigieren der Schiffe zwecklos zu machen. Die holländische Transportarbeitergewerkschaft beschloß den Boykott solcher umgeleiteter Schiffe, die Hafenarbeiter waren dazu auch ohne offiziellen Beschluß ihrer Gewerkschaft bereit, und rüsteten sich dafür.

Die mutigen Kampfaktionen der westdeutschen Hafenarbeiter hat Bedeutung über Westdeutschland hinaus. Einmal hat sie nicht nur die Geschäftemacherei des westdeutschen Monopolkapitals getroffen. „Der Streik der deutschen Hafenarbeiter könnte sich für die österreichische Wirtschaft bei längerer Dauer katastrophal auswirken." „Gerade die Ausstände in den deutschen Seehäfen treffen die österreichische Wirtschaft besonders hart, da über diese Häfen sehr viel hochwertige Stückgüter geliefert werden, die mehr als die Massengüter termingebunden sind." So stellt das Sprachrohr des österreichischen Kapitals, „Die Presse", sorgenvoll fest. Da zur selben Zeit auch in einem weiteren für die österreichischen Exporte wichtigen Hafen Kampfaktionen der Arbeiter stattfanden – in Triest wurde nach Vorschrift gearbeitet



Schüler überbringen Solidaritätsadresse

und dies von den jugoslawischen Gewerkschaften unterstützt – kamen die österreichischen Kapitalisten schon in große Nervosität.

Zum anderen zeigt der Streik der Hafenarbeiter auch der österreichischen Arbeiterklasse, daß und wie es möglich ist, die Angriffe der Kapitalisten abzuwehren.

Konferenz der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) am 4. Februar in Wien

Fortsetzung von Seite 1

Ein guter Marschplan der Bewegung, dem Marschplan der Regierung bewußt entgegengestellt, wird deutlicher noch als bisher die wirtschaftlichen und politischen Interessen, die hinter dem AKW-Programm stehen, offenbaren und die Einbeziehung der Arbeiterbevölkerung beschleunigen helfen. Dazu gehört die ideologische Auseinandersetzung, auch in der Bewegung, weil es der Arbeiterklasse nicht um die Ablehnung der Atomenergie überhaupt geht, sondern um den Kampf gegen das imperialistische AKW-Programm samt seinen Folgen unter den bestehenden Produktionsverhältnissen.

Dieser Kampf der Massen ist vernünftig und berechtigt. Demgegenüber faucht der Pressedienst der österreichischen Industriellenvereinigung am 30. Jänner 78: „Den Abfall, nicht die Vernunft begraben." Und die „Arbeiter-Zeitung", Organ der SPÖ, trompetet am 31. Jänner in dicken Buchstaben den Arbeitern ins Ohr, was sie sich von der Industriellenvereinigung nicht sagen ließen: „Abfall, nicht Vernunft begraben."

Für die Konkurrenzjagd der Kapitalisten sollen die Arbeiter- und Volksmassen den Schädel hinhalten – sei es bei steigender Ausbeutung und Lohnabbau, sei es bei zügelloser staatlicher Ausplünderung oder sei es beim Atommüll und dem AKW, welches die Kapitalisten mit billigem Strom für ihre Konkurrenzjagd aufmöbeln helfen soll.

Im einen wie im anderen Fall ist es nicht die Logik der Arbeiterklasse, dem Monopolkapital für seinen Weg aus der Krise bereitwillig den Buckel hinzuhalten. Es ist der Weg der Arbeiterklasse, den Klassenkampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat zu verstärken und auch den Widerstand gegen das imperialistische AKW-Programm zu unterstützen und zu einer revolutionären Bewegung zu entwickeln. Die Industriellenvereinigung wittert es: „Die Öffentlichkeit sollte sich nach Meinung der Industrie weniger mit Drohungen von fanatisierten Randgruppen, sondern vielmehr mit den konkreten Meinungen der Experten und der Kooperationsbereitschaft gewählter Mandatare befassen. Ihre Partner sollten Geologen und Kerntechniker, nicht aber die Angst-Einpeitscher politischer Minderheiten mit klaren gesellschaftsverändernden Zielen sein."

Großkampftag Anfang April

Noch für den Erfolg jeder IÖAG-Konferenz entscheidend war die Festlegung der nächsten Kampfschritte, insbesondere der zentralen Demonstrationen im Laufe des letzten Jahres. Bei der Konferenz am 4. Februar steht die Festlegung eines Großkampftages, einer zentralen Demonstration in Wien an einem Wochenende Anfang April im Vordergrund. Dieser Großkampftag kann von seiner politischen Bedeutung und von der Teilnehmerzahl her ein neuer Höhepunkt der Bewegung werden. Ob er es wird, darüber entscheiden die Festlegungen der Konferenz und die Arbeit in den nächsten acht bis zehn Wochen. Der Großkampftag muß anknüpfen an den Demonstrationen vom 26. Oktober 77 und am 19. Jänner 78, er muß die Stoßrichtung gegen Regierung und Staat, gegen den Parlamentsbetrug und das Zusammenspiel der bürgerlichen Parteien fortführen und die Bewußtheit und Entschlossenheit der Bewegung auf eine neue Stufe heben. Fällt der Großkampftag politisch hinter den 26. 10. und 19. 1. zurück, dann würde das die ganze Bewegung um Monate zurückwerfen und sie womöglich zum Spielball der einen oder anderen bürgerlichen Partei degradieren.

Der Großkampftag muß eine Zusammenfassung des laufenden Kampfes gegen das AKW-Programm an den verschiedenen Fronten bringen. Am Großkampftag muß die Anklage gegen das AKW-Programm und seine wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge unüberhörbar sein.

Ausgehend vom Beschluß der IÖAG-Konferenz ist es notwendig, rasch und zielstrebig eine breite Aktionseinheit anzustreben und sich mit allen Kräften zusammenzuschließen, mit denen ein Zusammenschluß auf der Grundlage der Forderungen der IÖAG und des Beschlusses für den Großkampftag möglich ist. Das sofortige Anlaufen der Vorbe reitungen für den Großkampftag nach der IÖAG-Konferenz wird den Kampf an den einzelnen Fronten (Probebohrungen, Brennelemente, zweites AKW, usw.) nicht behindern, sondern soll ihm vielmehr Rückgrat, größeren Schwung und einen Bezugspunkt schaffen. Auch zu diesen einzelnen Kampfaufgaben für die nächste Zeit wird es wichtig sein, daß die Konferenz klare Festlegungen trifft.

Zwei Nummern von „Initiativ", Zeitung der IÖAG, herausgegeben vom gewählten Gesamtösterreichischen Koordinationsausschuß (GöK), sind bisher erschienen. Die erste mit 3.000, die zweite mit 5.000 Auflage.

Die Zeitung hat sich bereits bewährt, man wird sie brauchen, um den Anforderungen an die Bewegung in nächster Zeit gerecht zu werden und die Möglichkeiten für ihre politische Festigung und organisatorische Stärkung optimal zu nutzen. Die Frage: „Zeitung der IÖAG – ja oder nein" ist heute der Kristallisationspunkt einer Reihe von Differenzen über Aufbau und Arbeitsweise der IÖAG. Es geht auch hier um die Grundorientierung: Vorwärts auf dem eingeschlagenen Weg oder Stehenbleiben und zurück hinter das Erreichte.

Nach scharfen Debatten wird die IÖAG-Konferenz den Marschplan für die nächste Zukunft festlegen und die wichtigsten Beschlüsse fassen.

Felixdorf: Folgen einer „behutsamen Lohnpolitik" und Unterwerfung unter die imperialistische Konkurrenz

Arbeits- und Lebensbedingungen einer Textilarbeiterfamilie

Mit dem 4,8%-Abschluß für 14 Monate wurde für die Textilarbeiter im Dezember die bisher schärfste Lohnsenkung in der laufenden Lohnrunde besiegelt. Die Kapitalisten haben ihre schlechten Erträge, die scharfe Konkurrenz auf dem Weltmarkt ins Treffen geführt, und die Gewerkschaftsführung hat Verständnis gezeigt dafür, daß die Betriebe einen höheren Abschluß nicht verkraftet hätten. Kerngedanke, mit dem die Bourgeoisie und ihre Agenten gegenwärtig jeden Lohnkampf der Arbeiter zu unterdrücken versucht, ist die Opferung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen für die Steigerung des „Machtvolumens auf fremden Märkten" wie Geist es schon im Sommer formulierte. In Worten Benyas: „Da Österreich ein exportorientiertes Land ist, da wir durch das Aufholen in der Lohnpolitik kein Niedriglohnland mehr sind, müssen wir in der Lohnpolitik vorsichtig und behutsam vorgehen. Denn wir können unsere Lebenshaltung nur verbessern, wenn wir exportieren .... Es ist unser aller Aufgabe, alles zu tun, die schwierige wirtschaftliche Situation zu bewältigen und mit vereinten Kräften daran zu arbeiten, daß wir wieder in eine Aufwärtsentwicklung kommen." (Arbeit und Witschaft 1/78).

Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft reden von „Lebenshaltung verbessern" und „in Aufwärtsentwicklung kommen" um die Tatsache zuzudecken, daß die Unterwerfung unter die kapitalistische Lohnsklaverei notwendig in Richtung direkte Verelendung der Arbeiter führt. „Der Sklave erhält eine ständige und fixe Menge zum Lebensunterhalt; der Lohnarbeiter erhält sie nicht.... Wollte er sich damit bescheiden, den Willen, die Machtansprüche des Kapitalisten als ein dauerndes ökonomisches Gesetz über sich ergehen zu lassen, so würde ihm alles Elend des Sklaven ohne die gesicherte Existenz des Sklaven zuteil." (Marx: Lohn, Preis und Profit)

Bereits seit zwei Jahren befindet sich die Textilindustrie in einer Krise und die Gesetze der kapitalistischen Konkurrenz wüten in dieser Branche besonders stark. Die Wirkungen dieser Gesetze auf die Arbeiter sind steigende Arbeitsqual durch die Konzentration der Maschinerie, Konkurrenz untereinander und Entlassungen, insgesamt elende Lebensbedingungen. Dem folgenden Bericht liegt ein Gespräch mit einer türkischen Arbeiterfamilie im Werk Felixdorf der Pottendorfer Textilfabrik zugrunde. Der Vater und die beiden Töchter arbeiten dort in der Spinnerei. Die Mutter ist nach einer Operation jetzt arbeitslos, ebenso der Schwiegersohn, obwohl ihm in Österreich Arbeit versprochen worden war.



So verlassen wie auf dem Bild liegt das Werk Felixdorf des öfteren, weil gerade wieder einmal Kurzarbeit herrscht. Im November und Dezember 77 wurde nur an 3 Tagen in der Woche gearbeitet. In diesen 3 Tagen liefen aber die Maschinen ununterbrochen, um bei möglichst geringer Abnutzung möglichst viel menschliche Arbeit einzusaugen, die den Kapitalisten alleine den Mehrwert schafft. Die Nachtschicht an diesen 3 Tagen wurde für die Arbeiter auf 12 Stunden ausgedehnt.

Die Arbeitsintensität war schon seit 1975 und besonders 1976 im Zuge der Sanierung des Werks laufend gestiegen. So kamen 1975 auf eine Spinnerin noch 3 Maschinen – 1976 bereits 4 Maschinen – und am 1. April 1977 hieß es dann: Noch ½ Maschine dazu. Alle Spinnerinnen, die österreichischen und türkischen gemeinsam, gingen damals geschlossen zum Chef, um sich gegen diese neuerliche Arbeitsverschärfung zu wehren. Aber sie wurden mit dem Versprechen, dafür auch ein bißchen mehr bezahlt zu bekommen, beschwichtigt. Es handelte sich um einen läppischen Betrag, aber bei dem ohnehin so niedrigen Lohn wirkte dieses Manöver. „Wir haben dann ein oder zwei Monate ein paar Groschen draufbekommen – dann hat auch das wieder aufgehört – die Maschinen aber sind uns geblieben. Wenn der Chef könnte, würde er uns am liebsten noch mehr Maschinen aufhalsen."

Ebenso hieß es für die Abzüglerinnen ab 1. April: statt 6:7, nur mehr 4 Arbeiterinnen pro Kolonne auf 30 Maschinen, erzählt die 17-jährige türkische Arbeiterin. Für die Abzüglerinnen, die die Spulen von den Maschinen nehmen, bedeutet das, den ganzen Tag hin- und herrennen, immer weniger Möglichkeiten für Pausen. „Früher gab es wenigstens noch 3- bis 4mal am Tag ¼ Stunde Pause, jetzt höchstens 2 oder 3X je 10 Minuten. Dazu kommt, daß die alten Maschinen schlecht sind, so daß man überhaupt keine Pause machen kann. Bei den Spinnerinnen ist es noch häufiger der Fall, daß die Maschinen Schwierigkeiten machen, und sie den ganzen Tag überhaupt nicht von der Maschine weg können."

„Heute habe ich denselben Lohn wie 1975"

Seit dem Urlaub 1977 wird praktisch allen Beschäftigten einfach weniger Lohn ausgezahlt – und wer noch ein paar Überstunden bekam, mußte feststellen, daß diese nicht oder nur teilweise verrechnet wurden. Wieder gingen viele der Betroffenen – aber einzeln – zum Chef. Auf die Frage, warum sie auf einmal so wenig Lohn bekämen, war die Antwort: Es gibt nicht mehr – es ist doch eine Krise. Die Arbeiter meinten, es müsse einen Fehler in der Verrechnung geben, es könnte doch nicht wahr sein, daß sie ohne Angabe von Gründen auf einmal weniger Lohn bekämen. Doch nach dem Telefonat mit dem Lohnbüro teilte der Chef nur lakonisch mit: „Hier ist kein Irrtum, das ist schon in Ordnung so."

Im Zuge der Rationalisierungen, besonders in den letzten ein bis zwei Jahren, müssen viele Arbeiter nicht nur die Arbeit der Entlassenen mitübernehmen, sie müssen gleichzeitig auf schlechtere Arbeitsplätze wechseln und damit Lohneinbußen hinnehmen. Der Familienvater war sieben Jahre Vorarbeiter, danach mußte er Kolonnenführer werden, dann wurde er an eine Maschine gestellt. In der Nachtschicht verdiente er so S 6.400,- netto, aber bald kam er in die Frühschicht und bekam plötzlich nur mehr S 4.400,- netto. Viele sind gezwungen, unter solchen Umständen selbst zu kündigen. In der Spinnerei waren es im letzten halben Jahr mindestens 10. Aber die meisten müssen bleiben, weil sie keine Aussicht auf eine andere Arbeit haben. Erst im Oktober und November 77 wurden mehr als 100 Beschäftigte allein aus der Weberei entlassen, als 90 Webstühle stillgelegt wurden. So hat sich im letzten Jahr die Lebens- und Arbeitssituation der Felixdorfer Textilarbeiter zunehmend verschärft, und man muß sich vor Augen halten, daß durch die oben geschilderten Lohneinbußen immer mehr Arbeiter die ohnehin geringen Überzahlungen verlieren und immer mehr auf den bloßen Kollektivvertrag gedrückt werden. Der letzte KV-Abschluß, 5,8% auf den KV-Lohn und 4,8% auf den Ist-Lohn, wurde wiederum mit dem Argument der Krise durchgedrückt. Seit zwei Jahren zwicken damit die Kapitalisten da und dort vom Lohn was weg, zwingen zur Hinnahme steigender Arbeitshetze. Die industrielle Reservearmee, die sie selbst kontinuierlich und in der Krise verstärkt erzeugen, nutzen sie zur zusätzlichen Schwächung der Arbeiter bei der Unterwerfung unter die Despotie des Kapitals.

Tatsächlich besteht praktisch kein Unterschied zwischen der elenden Lage der österreichischen und türkischen Textilarbeiter in Felixdorf. Das Ziel der Kapitalisten, die Angleichung von Teilen der österreichischen Arbeiterklasse an das Niveau der „Gastarbeiter" ist hier augenscheinlich. Der heurige KV-Abschluß zementiert diesen Weg für die ganze Branche.



In barackenähnlichen, sehr alten Gebäuden, gleich an das Werksgelände angrenzend, wohnen viele Spinnereiarbeiter mit Familie. Österreicher und Türken – wobei die Wohnungen der Österreicher etwas „besser" ausgestattet sind. Sie haben zumindest eine Wasserspülung im Klosett, was bei den Wohnungen für die türkischen Familien nicht immer der Fall ist. Familien mit 6 bis 8 Personen müssen in einem Zimmer hausen, das als Wohn- und Schlafraum und auch als Küche herhalten muß. Die Pottendorfer verrechnet für das Wohnen pro arbeitender Person S 40 – 80,- plus S 500,- Pauschale für Strom, obwohl so viel sicher nicht verbraucht wird, weil mit Strom nicht geheizt und kaum gekocht wird. Umgebaut wird für die türkischen Familien nichts, die Klosetts sind seit 9 Jahren trotz Protesten ohne Wasser.

Die Löhne in der Textilindustrie liegen heute im Durchschnitt um 25% unter denen der anderen Industriebranchen. Ein Großteil der Industriearbeiter sind Frauen; ihre Löhne liegen noch 6–8% unter den schon niedrigen, vor allem den Frauen vorbehaltenen, Lohngruppen. Eine Arbeiterin aus der türkischen Familie erhielt im Jahr 77 einen Brutto-Lohn von S 6287,12 Schilling. Netto waren das S 4.850,89 Schilling. Die Arbeitszeit in dem entsprechenden Monat betrug 188 Stunden.

Das Bild zeigt den Lohnzettel für einen anderen Monat, in dem 184 Stunden gearbeitet wurden. Der Netto-Lohn fällt damit auf S 4.472,39.

[redacted]

POTTENDORFER TEXTILWERKE A. G.

02	12800	3170	405760
20			5376
57	800	3212	25696
59	4800	3247	155856

5927.00	5103.02		200 00
5926.88	823.86	495.00	60.00
29.63	1500.00		46.00
			1454.49
		.10-	.49
08/1977	4472.39		2972.00

Fortsetzung von Seite 1

Kreiskys Reise nach Moskau

lich der Entspannungspolitik einen Kurs der Intensivierung der Beschwichtigung gegenüber dem Hauptkriegstreiber verfolgt. So waren es die österreichischen Delegierten auf der KSZE in Beograd, die stets darum gerungen haben, die aufbrechenden Widersprüche zwischen den USA und der UdSSR wieder zu verkleistern. Sie waren jene, die nach besonders frechen Vorstössen der russischen Delegation stets vermittelnd eingegriffen haben und die immer dort, wo Ansätze zu einer offeneren Konfrontation aufgetreten sind, „beruhigend" wirken wollten. Pahr kennzeichnet diese Vorgangsweise: „Hiebei (auf der KSZE) werden wir aber jede Polemik unterlassen und Konfrontationen vermeiden, um die Weiterführung des Entspannungsprozesses nicht unnötig zu belasten."

Auch jetzt ist schon wieder die Rede davon, daß, „nachdem die russische Delegation die westlichen Delegierten vor den Kopf gestoßen hat, die Neutralen" – unter eifriger Mitwirkung Österreichs – „vermitteln sollen."

In Moskau werden sich beide Seiten darin überschlagen, daß „das bestimmende Element im Ost-West-Verhältnis auch weiterhin das Streben nach Entspannung" sei (Pahr). Sie werden auf die Bedeutung der SAL-Gespräche, der Wiener Truppenabbaugespräche und der KSZE verweisen. Und für die internationale Politik der UdSSR wird der Zeitpunkt, zu dem Kreisky in Moskau sein wird, nämlich knapp vor der Entscheidung über die Zukunft der KSZE, durchaus gelegen sein.

Kreisky' s Liste konkreter Wirtschaftsprojekte

Die UdSSR ist ökonomisch noch lange nicht so stark und entwickelt, wie es dem Grad der Konzentration des Kapitals in den Händen der staatsmonopolistischen Kapitalistenklasse entsprechen würde, welche aber die Grundlage für den Expansionismus und Hegemonismus dieser Supermacht darstellt. Der Aufbau der Kriegswirtschaft erfolgte und erfolgt noch immer zu einem gewissen Teil durch Lieferungen von industriellen Anlagen, Maschinen, Chemieprodukten und Produkten der Schwerindustrie aus dem Westen. Damit entwickelte sich relativ rasch ein großer Markt für die von der Überproduktionskrise geschüttelten westeuropäischen imperialistischen Länder, der Ostmarkt. Bald pflanzte sich auch auf diesem der scharfe Konkurrenzkampf zwischen den Monopolen und Monopolgruppen Westeuropas fort. Ungefähr zur selben Zeit begannen sowjetische Monopole, selbst als Konkurrenten in Westeuropa auf den Markt zu treten. Diese Entwicklung ist für die sozialimperialistische Bourgeoisie ebenso sehr Quelle von Extraprofiten wie von Einfluß an strategischer Bedeutung.

Diese ökonomischen Tatsachen sind ebenso Quelle von Sorge wie von Hoffnung der österreichischen Imperialisten und diese machen, nach den Außerungen in der österreichischen Presse, auch deren Hauptinteressen am Kreiskybesuch aus.

Die österreichischen Imperialisten, vor allem die verstaatlichten Großbanken und Konzerne, sind seit Beginn am Ausbau des Ost-West-Handels beteiligt gewesen und haben bereits Ende der 60er-Jahre in für Österreich großem Ausmaß an der Ausbeutung der Arbeiter der COMECON-Länder und der der Sowjetunion teilgenommen. In den Jahren der gewaltigen Expansion des Ostgeschäftes sind sie jedoch in der imperialistischen Konkurrenz zurückgefallen und haben vor allem am russischen Markt beträchtlich verloren. Von Anfang an nutzten die russischen Partner die Schwäche Österreichs, um diese mit Energieexporten aus der Sowjetunion und Polen zu verknüpfen. Im Laufe der Jahre hat sich die Sowjetunion auf diese Weise eine Schlüsselrolle auf dem Gebiet der Energieversorgung Österreichs verschafft (siehe Klassenkampf 2/78). Heute ist ein Handelsbilanzdefizit Österreichs gegenüber der Sowjetunion von 3,3 Mrd. S (1976) daraus geworden, bei einem Aktivum von über 7 Mrd. gegenüber den übrigen RGW-Staaten. Eines der Ziele des Kreisky-Besuches ist es, dieses Handelsbilanzdefizit abzubauen, was nur geht, wenn gewisse Marktanteile am russischen Markt zurückgewonnen werden können, da „Österreichs Einfuhren vor allem aus Energie und Rohstoffen bestehen, um deren Lieferung einerseits Jahre lang gekämpft wurde..." („Presse", 24. 1. Seite 1) und die solche Ausmaße erreicht haben, daß sie unentbehrlich geworden sind.

Dieses Unterfangen ist nicht so einfach, die russischen Importe aus dem Westen steigen seit einiger Zeit nicht mehr an, sie sind sogar in den ersten neun Monaten 1977 um 8% gesunken. Allerdings zeigen die russischen Konzerne nach wie vor Interesse an einer Steigerung österreichischer Einfuhren, wenn „die österreichischen Unternehmen den sowjetischen Außenhandelsorganisationen konkurrenzfähige Ausrüstungen anbieten würden" (sowjetischer Handelsattaché im November 1977 in Wien).

Österreich gehört auch zu jenen Ländern, deren Export in die UdSSR 1977 trotz allgemein sinkender Tendenz gestiegen ist. Diese Ehre teilt es mit Finnland, Schweden und Italien.

Rückgewinnung verlorener Marktanteile ist das eine Ziel der Kreisky'schen Geschäftsreise, ein anderes ergibt sich aus der sowjetischen Großoffensive in die 3. Welt, in die der russische Warenexport 1977 um rund 45% gestiegen ist, gleich gefolgt von Kapitalexport. Die österreichischen Kapitalisten diskutieren schon seit einiger Zeit die Möglichkeit der Durchführung von „Kooperationsprojekten mit Ostblockländern, vor allem mit der UdSSR in die 3. Welt". Die Vorteile schildert ein Funktionär der Bundeswirtschaftskammer: „Das relativ niedrige Lohnniveau in den RGW-Ländern" und „verbesserte Vertriebschancen in bestimmte Entwicklungsländer". Gestützt auf die russische Supermacht die Ausbeutung der 3. Welt zu betreiben ist jedenfalls ein profitables Geschäft; vor allem, wenn man die nötigen Ausrüstungen auch noch von den unter faschistischer Unterdrückung arbeitenden Arbeitern der RGW-Länder herstellen lassen kann. Einige solcher Kooperationen in Drittländern gibt es bisher mit Ungarn und Polen in Kamerun, Griechenland, Japan und Algerien.

Sicher ist, daß in Moskau auch über die Energiegeschäfte gesprochen werden wird und ein weiterer Ausbau der Energieimporte und damit der direktesten Form der Abhängigkeit auf der Tagesordnung steht. Die Kohlepipeline aus Polen, die Uranlieferungen aus der UdSSR und die Diskussion um die Einbindung in das COMECON-Stromverbundnetz sprechen eine beredte Sprache. Die UdSSR ist heute schon der größte Strom- und Energieproduzent Europas und der gewaltigste Energieexporteur. Sie hat die Länder des COMECON durch ihre nahezu vollständige Energieabhängigkeit unter ihrer Kontrolle und Despotie und versucht, durch ihre Energiepolitik ihren wirtschaftlichen Einfluß und ihren politischen Zugriff in einem gewissen Maß auch auf Westeuropa auszudehnen. Breschnew propagierte daher schon 1975 den Gedanken eines europäischen Verbundnetzes. Die russischen Energiefachleute winkten dann den westeuropäischen Imperialisten mit Profiten und mit billigen Energielieferungen (z.B. „billigem und sicherem Spitzenstrom"). Und gerade jener Kreisky, der jetzt nach Moskau fährt, verkündete gegenüber dem polnischen Ministerpräsidenten 1977, daß er immer schon für ein „gesamteuropäisches Verbundnetz" gewesen sei. Die VÖEST will ins Atomkraftwerksgeschäft der Sowjetunion einsteigen, vor allem, um mit russischen Firmen gemeinsam Drittmärkte zu beliefern. Die österreichischen Imperialisten nehmen also eine Steigerung der Abhängigkeit von der russischen Supermacht durchaus und bewußt in Kauf, wenn sie hoffen, daß dies ihren imperialistischen Interessen dienlich ist.

Die selbe Haltung, bewußte Inkaufnahme wachsender Abhängigkeit, bedingt durch die Anlehnung an die russische Supermacht, findet sich auch bei den Binnenschiffahrtsplänen der DDSG und anderer großer österreichischer Betriebe. Bekanntlich baut schon jetzt die DDSG ihre Flotte und Linien gemeinsam mit der russischen Schiffahrtsgesellschaft auf. Die österreichischen Werften sind voll auf die Belieferung der Flußschiffahrtsflotten der UdSSR eingestellt. Die russischen Handelsflotten kämpfen im Mittelmeer und in der Nord- und Ostsee um das Frachtmonopol, auf der Donau haben sie es beinahe erreicht. Die DDSG erwartet sich von der Anlehnung an diese sowjetische Riesenflotte einiges. Jetzt hat sie mit ihr gemeinsam Expresslinien aus dem Nahen Osten, Griechenland und der Türkei nach Österreich eröffnet.

Dementsprechend findet sich die österreichische Regierung in den Auseinandersetzungen um diesen Kanal oft an der Seite der UdSSR, und Kreisky zieht beinahe schon wie ein Wanderprediger in Westeuropa für die Fertigstellung des Kanals umher.

Es wundert einen daher auch nicht mehr, daß die österreichische KSZE-Delegation in Beograd „Initiativen vorgeschlagen hat, die auf eine gesamteuropäische Zusammenarbeit auf dem Energiesektor und auf eine gesamteuropäische Koordination bei der Planung und dem weiteren Ausbau und der Verbindung der Binnenwasserstraßennetze Europas in Ost und West abzielen" (Pahr), zwei Ladenhüter aus dem Vokabular der europäischen „Integration" der Sozialimperialisten.

Der Besuch in Moskau ist dem Frieden und der Sicherheit Österreichs in keiner Weise dienlich, sondern nur dem sowjetischen Expansionismus und der Profitgier der österreichischen Imperialisten. Nicht anders verhält es sich mit der ganzen „Liste konkreter Projekte und Lieferungen", mit der Kreisky nach Moskau reist.

Die österreichischen Arbeiter haben weder ein Interesse daran, daß die österreichischen Imperialisten ihre Klassenbrüder in revisionistischen Ländern ausbeuten noch daran, daß ihre eigenen Ausbeuter versuchen, jetzt gemeinsam mit dem sowjetischen Sozialimperialismus, Vorstöße in die 3. Welt durchzuführen.

Ebensowenig Interesse hat die österreichische Arbeiterklasse an der wachsenden Abhängigkeit Österreichs vom sowjetischen Sozialimperialismus, die durch diese politischen und wirtschaftlichen Vereinbarungen unbedingt bewirkt wird. Solche Vereinbarungen verringern nicht die Kriegsgefahr, sondern beschleunigen sie und leisten den Aggressionsplänen der Sowjetunion Vorschub.

Notwendig ist der Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen der Supermächte, um um die Unabhängigkeit Österreichs, um die Bedingungen für die Durchführung der Revolution in Österreich zu verbessern und einen Beitrag zur Hinauszögerung des Weltkriegs zwischen den beiden Supermächten zu leisten. Red.

Familienbeihilfe:

Bei den Berechnungen über die Neuregelung der Familienbeihilfe im „Klassenkampf" 1/78 ist uns ein Irrtum unterlaufen. Wir sind davon ausgegangen, daß die alten Kinderabsetzbeträge (S 4.200,- pro Kind im Jahr) vom Bruttolohn abgezogen werden und das dementsprechend verminderte Einkommen dann der Lohnsteuer unterliegt. Das ist falsch. Zahlreiche Leser haben in Zuschriften auf diesen Fehler hingewiesen.

Der Kinderabsetzbetrag wurde früher von der errechneten Lohnsteuer abgezogen, hatte also keinen Einfluß auf die Höhe des Lohnes, der dann von der Lohnsteuerprogression in die Zange genommen wird. Mit der Neuregelung ändert sich an der Höhe der Familienbeihilfe unmittelbar nichts. Die Summe, die 1977 weniger an Lohnsteuer zu zahlen war, wird jetzt als zusätzliche Beihilfe zum Kindergeld dazugeschlagen.

Trotz dieses Irrtums bleibt die Tatsache, daß bei dem Lohnstufenvergleich des ÖBB-Verschubmeisters, den wir angestellt haben, von einer Bruttolohnsteigerung von S 987,- nur S 362,70 netto übrig bleiben. Ebenso richtig ist, daß bei anderen Kollegen zwischen Dezember 77 und Jänner 78 eine Netto-Lohnsenkung eintritt, wenn sie dazwischen keine Brutto-Lohnerhöhung erhalten. Wie kommt das zustande? In einer Kritik, die wir wegen der falschen Darstellung der neuen Familienbeihilfe erhalten haben, heißt es: „Man sollte dem Androsch nichts unterschieben, was er gar nicht getan hat, er tut ohnedies genug, was es gilt anzuprangern." Das ist richtig: Einmal wurde ab 1.1.78 der Abzug für Pensions- und Sozialversicherung erhöht.

Allein dadurch hat unser Verschubmeister einen zusätzlichen Abzug von S 185,30. Die Höchstbeitragsgrundlage für die Krankenversicherung steigt von 9.900,- auf 12.600,- S. 0,5% wird ab Jänner den Arbeitern und Angestellten mehr für die Pensionsversicherung vom Bruttolohn abgezogen, den öffentlich Bediensteten ein ganzes Prozent mehr. Dazu kommen 0,1% höhere Abzüge für Arbeitslosenversicherung und gestiegene Pflichtbeiträge für Arbeiterkammer und Wohnbauförderung.

Weniger Familienbeihilfe

Auf Grund von Abkommen mit Jugoslawien, Spanien und der Türkei, rückwirkend mit 1.1.78, werden laut Erlaß des Bundesministeriums für Finanzen vom 16.12.77 in Österreich beschäftigte ausländische Arbeiter aus diesen Ländern für ihre Kinder, die sich ständig in ihrem Heimatland aufhalten, eine Familienbeihilfe von nur mehr S 440,- für jedes Kind bekommen, das sind bei beispielsweise 2 Kindern jährlich S 10.560,- gegenüber bisher S 13.160,-, bei 3 Kindern S 15.840,- gegenüber bisher S 21.420,-.

Mit diesem Kuhhandel, auf den sich die Regierungen dieser drei Länder mit Österreich eingelassen haben, hat der österreichische Staat die Ausgaben des Familienlastenausgleichsfonds in nicht unerheblichem Maß verringert, zumal ja die Familien ausländischer Arbeiter im Durchschnitt kinderreicher sind als österreichische Familien.

Noch schwerwiegender getroffen als durch die Kürzung des bisherigen Anspruchs auf Familienbeihilfe werden ausländische Arbeiter aus diesen Ländern aber durch den Wegfall der Kinderabsetzbeträge auf Grund des 2. Abgabenänderungsgesetzes 1977, was einen jährlichen Verlust von S 2.100,- pro minderjährigem Kind gegenüber der bisherigen Regelung bedeutet.

Ein ausländischer Arbeiter aus Jugosla-

Richtigstellung

Der Hauptanteil der gestiegenen Abzüge bei unserem Beispiel geht aber auf die ganz „normal" zugreifende Lohnsteuerprogression, die von der Brutto-Erhöhung (S 987,-) ganze S 439,- wegfrißt. Schon allein diese mörderische Wirkung der Lohnsteuerprogression auf Bruttolöhne schon weit unter S 12.000,- ist Verbrechen Androsch's genug - und genauso der ÖGB-Führung, die an der Aufrechterhaltung dieses Steuersystems festhalten. Die Arbeiterklasse wird bei Lohnforderungen die gegenwärtig wirksame Lohnsteuerauspressung berücksichtigen müssen, will sie nicht im Nachhinein betrogen sein.

Zu diesem tagtäglichen Verbrechen des Finanzministers kommt aber doch ein neuerliches mit der Familienbeihilfenregulierung. Der Familienlastenausgleichsfonds, aus dem die alte Familienbeihilfe bisher bezahlt wurde, hatte Überschüsse von 9,1 Mrd. S aufgewiesen, die dem Finanzminister aber nicht frei zugänglich waren, weil für diverse Beihilfen zweckgebunden. Mit der neuen Regelung führt Androsch nun einen doppelten Schlag, um die Steuergelder, die zum überwiegenden Teil von den lohnabhängigen Massen bezahlt wurden, der Bourgeoisie zuzuführen. Einmal steigen die Lohnsteuereinnahmen des kapitalistischen Staatsapparates (durch Wegfall des Kinderabsetzbetrages) um rund 8 Mrd. S. Zum andern werden die Reserven des Familienlastenausgleichsfonds geplündert. Nach WIFO Monatsberichte 11/77 sind es 6,78 Mrd. S, die diesem Fonds jetzt für die Familienbeihilfen im Jahr entrissen werden. Der Familienlastenausgleichsfonds wurde bisher zu 88% aus dem von den Kapitalisten angeeigneten Mehrwert gespeist. Ohnehin wurden die Beiträge dafür als „Sozialaufwand" weiterverrechnet. Mit der Neuregelung wurden jetzt auch Beiträge der Kapitalisten vom Familienlastenausgleichsfonds auf die Pensionsversicherung umverteilt. Ab 1978 wurden die Kapitalistenbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds um ein Sechstel gekürzt, womit die dort gesammelten Gelder 1979 verbraucht sein dürften. Im Erfinden neuer Steuern hat die sozialdemokratische Regierung bekanntlich erprobte Fähigkeiten.

für Ausländer

wien mit beispielsweise 3 minderjährigen Kindern, für die ihm bisher Kinderabsetzbeträge und Familienbeihilfe gewährt wurden, wird demnach 1978 um S 11,880,- weniger erhalten als 1977.



Kommunist 1/78 ist erschienen

zu beziehen über: Firma Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13.

„Ausländerabbau": Arbeitsamt leistet ganze Arbeit

Ein türkischer Kollege berichtet:

Vor einer Woche ging ich mit meiner arbeitslosen Frau zum Arbeitsamt im 16.-Bezirk, um für sie Arbeit zu bekommen.

Wir warteten sehr lange bei der Abteilung für Reinigungsarbeiten. Als wir dann doch drangekommen sind, hat uns der Beamte eine Arbeit angeboten, die man jedoch alle sieben Tage der Woche machen muß. Wir haben nach der Bezahlung gefragt und der Beamte hat gesagt, man kann 3.000.-S verdienen. Wir sagten: „Das ist zuwenig für eine 7-Tagewoche". Da gab uns der Beamte die Papiere zurück und sagte: „Raus hier!"

Trotzdem sind wir an einem andren Tag ein zweites Mal hingegangen. Es war diesmal ein anderer Beamter dort, der sagte, daß Türken dieses Jahr keine Arbeit bekommen. Er rief gleich auf den Gang hinaus, daß alle wartenden Türken nach Hause gehen sollten, denn sie bekämen sowieso keine Arbeit. Gleichzeitig sagte er auf deutsch, die Jugoslawen sollten kommen. Durch die Lautsprecher gab es jedoch ganz andere Durchsagen. Auf *jugoslawisch* wurde gesagt: „Liebe jugoslawische Gastarbeiter, die arbeitslos sind, gehen sie doch 4-5 Monate in ihre Heimat auf Urlaub. Wenn wir mehr Arbeit bekommen, dann werden wir sie Ihnen vermitteln".

Ich bin zwar Türke, jedoch in Jugoslawien geboren und verstehe gut jugoslawisch. Ich ging darum zu einem Jugoslawen, der auch auf Arbeit wartete und fragte ihn: „Warum bekommen auch die Jugoslawen keine Arbeit, wo mir doch gerade der Beamte gesagt hat, daß nur die Jugoslawen Arbeit bekommen?" Der jugoslawische Freund antwortete mir, daß man ihm immer gesagt habe, daß es nur für Österreicher Arbeit gäbe. Er sagte: „Das ist die Bourgeoispolitik. Sie wollen uns gegeneinander ausspielen und einschüchtern."

Diese Zuschrift eines türkischen Kollegen zeigt, wie es derzeit auf den Arbeitsämtern zugeht. Während in der Öffentlichkeit nur die allgemeinen Erklärungen verschiedener Politiker und Staatsbeamter bekannt sind, man müsse 1978 die Zahl der ausländischen Arbeiter „etwas zurücknehmen", leisten die Arbeitsämter ganze Arbeit. Für ausländische Arbeiter gibt es kaum Arbeit mehr.

Die entsprechende Weisung des arbeitsmarktpolitischen Beirates beim Sozialministerium führen nun die Arbeitsämter mehr oder weniger straff durch, wobei sie sich natürlich nicht davon abhalten lassen, den Druck der nun auf den Ausländern lastet, dazu ausnutzen, um endlich auch solche Arbeitsstellen besetzen zu können, wie die in der Zuschrift des türkischen Kollegen genannte (7 Tage Arbeit – S 750,-) und zu der sich jeder weitere Kommentar wohl erübrigt. Der Druck, der nun auf den Ausländern liegt, ist wahrlich gewaltig.

Was sich wie eine freundliche Einladung anhört, („Gehen Sie doch vier bis fünf Monate in ihre Heimat") ist in Wahrheit eine brutale Drohung. Denn wenn ein Ausländer trotz der freundlichen Aufforderung trotzdem am Arbeitsamt immer wieder um Arbeit nachfragt – ein Tip bei der Fremdenpolizei genügt. Wie soll aber dann ein arbeitsloser Ausländer auf die Fragen der Fremdenpolizisten den Paragraphen des Fremdenpolizeigesetzes genüge tun und den „redlichen Erwerb der Mittel für seinen Unterhalt" nachweisen? Wie soll er das tun, selbst wenn er Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hätte, aber schon seit über einem Monat auf die fällige Zahlung wartet, die sich „wegen der Schwierigkeiten mit der EDV-Verrechnung" immer mehr verzögern und er keinen Schilling im Sack hat? Nach den geltenden Gesetzen ist er fällig für Schubhaft und Abschiebung. Wie soll er aber, um das zu vermeiden, gegen den Willen des Arbeitsamtes Arbeit bekommen können? Selbst wenn er dem Arbeitsamt mit einem Dutzend freier Arbeitsstellen aufwartet, das Ausländerbeschäftigungsgesetz hält fest, daß er keine Arbeit ausüben darf, wenn ihm das Arbeitsamt keine Beschäftigungsbewilligung erteilt. Tut er es doch, macht er sich straffällig und ist wiederum ein Fall für die Fremdenpolizei. Daß die Arbeitsämter Ausländern Beschäftigungsbewilligungen verweigern können, ist eines der Kernstücke des Ausländerbeschäftigungsgesetzes. Das Gesetz legt fest, daß unter „Rücksichtnahme auf die arbeitsmarktpolitische Situation ...." zu gewissen Zeiten an Ausländer nur beschränkt Beschäftigungsbewilligungen erteilt werden dürfen. Die Kontingente dafür legt der Sozialminister fest.

Das Ausländerbeschäftigungsgesetz ist von der SPÖ geschaffen worden und von den Sozialdemokraten oft und oft als wichtiger Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung angepriesen worden. Damit hat es jedoch nicht das geringste im Sinn.

Gerade seine derzeitige Anwendung zeigt, daß es darauf abzielt, in einer Situation, in der die Bourgeoisie den Druck auf die Arbeiterklasse gewaltig erhöhen will, in der die Ausbeutung maßlos gesteigert wird, in der der Reallohn von KV-Abschluß zu KV-Abschluß sinkt, in der im ganzen Land zehntausende von Arbeitsplätzen „zur Arbeitsplatzsicherung" wegrationalisiert werden, die Arbeiterklasse gefügiger zu machen. Je mehr man Teile der Arbeiterklasse herumbugsieren kann, desto leichter sind diese bereit, alle möglichen Belastungen und Verschärfungen auf sich zu nehmen, je mehr sie auf sich nehmen, desto mehr verschärfen sich die Bedingungen für alle. Das Ausländerbeschäftigungsgesetz ist ein Gesetz, voll nach dem Geschmack der Kapitalistenklasse.

30.000 ausländische Arbeiter sollen 1978 entweder freiwillig „in ihre Heimat gehen", oder von der Behörde abgeschoben werden. Die gesetzliche Deckung dafür ist voll auf vorhanden. Für die Kapitalisten ist es eine Lösung, die die Konkurrenz unter den Arbeitern ungemein erhöht, und gleichzeitig lästige Schlangen vor den Arbeitsämtern und die Anzahl der unzufriedenen Arbeitslosen im Land reduziert. Für die Arbeiterklasse eine Maßnahme, die sie im Interesse ihrer Existenz- und Kampfbedingungen nicht hinnehmen kann und die sie nicht bekämpfen kann, ohne die reaktionären Ausländergesetze zu bekämpfen.

Wien: Kundgebung für Aufhebung des Aufenthaltsverbotes gegen Erol Sever



250 Menschen demonstrierten am 25. 1. in der Wiener Innenstadt beim Innenministerium gegen die Abschiebung des türkischen Arbeiters Erol Sever und die Verhängung eines Aufenthaltsverbots über ihn durch die österreichischen Behörden. Innenminister Lanc weigerte sich, eine Delegation der Protestkundgebung zu empfangen und ließ sich von zwei Beamten vertreten, die auf freche und zynische Weise an der Begründung der gegen Erol Sever verfügten empörenden Maßnahmen festhielten. Ein riesiges Polizeiaufgebot sicherte das Innenministerium vor den Teilnehmern der Protestkundgebung und war ein deutlicher Beweis dafür, daß der Innenminister große Angst davor hat, über seine Taten vor der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen zu müssen.

Kundgebung in Linz für die Wiedereinreise von Erol Sever

Die Ortsgruppe Linz führte am 25. 1. - unterstützt von den Marxistisch-Leninistischen Studenten in Linz - eine Kundgebung durch, an der zwischen 40 und 50 Menschen teilnahmen. In der Rede des Vertreters des Kommunistischen Bundes wurden insbesondere die terroristischen Maßnahmen der Fremdenpolizei im Fall Erol Sever, das reaktionäre Ausländerbeschäftigungsgesetz und das Fremdenpolizeigesetz angegriffen.

Es war das erste Mal, daß die Ortsgruppe Linz des KB die Ausländerfrage öffentlich aufgriff und die völlige rechtliche Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern auf diesem Weg propagierte.

Daß es ein erster Schritt vorwärts war, zeigt sich daran, daß zur Kundgebung Kollegen aus den Betrieben und von der Hochschule mobilisiert werden konnten und daß eine Reihe von ausländischen Arbeitern teilnahm. Während der Kundgebung wurden 9 Zeitungen verkauft und über 20 Unterschriften für die Forderung der Kundgebung gesammelt.

In den zwei Tagen der Mobilisierung für die Kundgebung wurden insgesamt über 70 Unterschriften gesammelt und S 334,40 an Spenden für Erol Sever gesammelt. Bei einem Film-Vortrag auf der Linzer Hochschule wurde von den ca. 200 anwesenden Studenten eine Protestresolution ans Innenministerium geschickt. Auch die Linzer ÖH schickte eine Protestresolution.

Vor allem bei den ausländischen Kollegen war großes Interesse vorhanden. In den Betrieben wurden die Unterschriftenlisten auf türkisch und auf jugoslawisch weitergegeben.

Ortsgruppe Linz

Indien im Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus

1975 mußte die Ghandi-Regierung Indiens den Ausnahmezustand verhängen, um die Lage im Lande im Griff zu halten, und den Volkswiderstand gegen die vehemente Ausbeutung und Ausplünderung durch die ausländischen Imperialisten, besonders des sowjetischen Sozialimperialismus und der einheimischen Kompradorenbourgeoisie zu bannen. Das Volk von Indien wurde aber durch die faschistischen Methoden Indira Ghandis nicht gezügelt. Bei den Wahlen 1977 kam der Widerstand und Unmut des indischen Volkes zum Ausdruck. Die Gandhi-Regierung verlor die Wahlen, die 47-jährige Herrschaft der Kongreßpartei wurde gebrochen.

Auch unter der Desai-Regierung hat sich die Verschuldung und hohe Abhängigkeit gegenüber den Supermächten nicht wesentlich geändert, besonders die Abhängigkeit vom sowjetischen Sozialimperialismus hat sich nicht entscheidend gelockert. Der Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion wurde verlängert, die Investitionen der Sowjetunion um weitere 20% erhöht.

Weiterhin gehört Indien zu den größten Schuldnern der Weltbank, die von den USA beherrscht ist. Die Kredite der Weltbank betragen rund 6 Milliarden Dollar, für die 8,5% Zinsen gezahlt werden müssen. Indien bezahlt all die Abhängigkeit und Schulden mit der umfassenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse der werktätigen Massen und der Zerrüttung und Vernichtung hunderttausender Existenzen. Die Löhne wurden nicht erhöht, die Preissteigerungen aber hielten an, der Hunger raubt weiterhin täglich hunderten von Kindern und Erwachsenen das Leben.

Die Kämpfe der Arbeiter, Bauern und übrigen Bevölkerung haben nach den Wahlen nicht nachgelassen. In den letzten 3 Monaten fanden mächtige Streiks und Demonstrationen statt. In Kerala streikten Ende November 100.000 Landarbeiter für höhere Löhne.

Mitte Dezember streikten fast eine Million Werktätige im Bundesstaat Maharashstra, dem stärksten Industriegebiet Indiens, um höhere Löhne, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Wiedereinstellung von 2.000 entlassenen Kollegen.

Anfang Dezember kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Arbeitern einer Baumwollfabrik, die um die Auszahlung der ausständischen Löhne kämpften. Bei diesen Auseinandersetzungen wurden 5 Arbeiter getötet.

Im Jänner streikten mehr als 900.000 Regierungsbeamte in Maharashtra um höhere Löhne, sie verlangten einen vertraglich festgesetzten Lohn über der Armutsgrenze. Diese beträgt 37 Dollar im Monat. 33% der streikenden Arbeiter verdienen weniger als das, 50% bekommen nur ganz wenig darüber. Bei den mächtigen Demonstrationen wurden mehr als 15.000 Arbeiter festgenommen.

In dieser Provinz wurde ein landesweiter Streik angekündigt, was bedeutet, daß 7 Millionen Menschen ihren Protest gegen die Ausbeutung und den Ausverkauf ihres Landes zum Ausdruck bringen.

Die Armut des Landes, gegen die die Massen rebellieren, hat eine lange Geschichte.

Bis 1947 wurde Indien als Kolonie Großbritanniens ausgeplündert und in Unterentwicklung gehalten. Fast ein ganzes Jahrhundert lang entwickelte sich der Widerstand. Dieser entlud sich unter der Führung der nationalen Bourgeoisie und ihrer Organisation, dem Kongreß, schließlich in der Meuterei von 1946. Die Kolonialmacht übergab die politische Macht der indischen Bourgeoisie. Wirklich unabhängig wurde das Land dadurch nicht, die britischen Imperialisten plünderten weiterhin das Land, sie nahmen noch einige Jahre den ersten Platz an ausländischen Investitionen und im Außenhandel ein. Dann drangen die USA vor. Anfang der 60er-Jahre traten die USA an die Stelle Großbritanniens und wurden zum größten „Entwicklungshelfer". Bis 1975 hatte Indien 10,3 Millarden US-$ Schulden an die USA, was mehr als ein Drittel der gesamten „Auslandshilfe" ausmachte. An privaten Direktkrediten betrug der Anteil der USA bei den gesamten ausländischen Privatinvestitionen 18%. 400 amerikanisch-indische Aktiengesellschaften hatten sich inzwischen im Land niedergelassen. Indien war dadurch in große Bedrängnis und Abhängigkeit vom US-Imperialismus gekommen. In dieser Situation versuchten die sowjetischen Sozialimperialisten, das Feld den USA streitig zu machen, was ihnen auch gelang. Die USA waren durch ihre weltweiten Niederlagen, vor allem in Indochina, in die Defensive geraten. Bereits 1976 hatte die Sowjetunion sowohl Großbritannien als auch die USA in ihren wirtschaftlichen Beziehungen zu Indien eingeholt. Sie hatten sich als Freund angebiedert und Indien in ihre „internationale Arbeitsteilung" einbezogen. Für Indien verringerte sich das Elend nicht, ganz im Gegenteil: Indien wurde der Abnehmer von Stahlprodukten und ausrangierten Werkzeugmaschinen. Die Ausbeutung tausender Arbeiter in Fabriken, die für die Sowjetunion Maschinen und Ausrüstungen bauen mußten, verschärften das materielle Elend und die Abhängigkeit. Die Sowjetunion kontrollierte bereits 1975 85% der Schwermaschinenindustrie, 35% des Erdöls, 40% der Stahlerzeugung und 20% der Stromerzeugung. Besonders tut sich die Sowjetunion auch durch Militär„hilfe" hervor. Sie steht mit den USA im harten Ringen um die Vorherrschaft im Indischen Ozean und bemüht sich daher um die Erlangung einiger Stützpunkte in diesem Gebiet. Heute verfügen die Sozialimperialisten über 30 Kriegsschiffe, über Militärbasen in Berbera, auf den Audamanen und Sokotra-Inseln im Indischen Ozean und sie verfügen über Hafenrechte in Madras und Visakhapatua in Indien. Die USA lassen 20 Kriegsschiffe und Atom-U-Boote, Zerstörer und Kreuzer im Indischen Ozean herumgondeln und bemühen sich um die Modernisierung des Stützpunktes auf Diego Garcia.

Der Widerspruch Indiens zu den Supermächten wird mit wachsender Rivalität der USA und SU zunehmend spürbar für das Land. Gleichzeitig steht es unter starkem Druck der Volksmassen, die nach nationaler und sozialer Befreiung streben. Indien ist ein Land der Dritten Welt. Seine Lage zwingt es in die internationale Strömung: Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution, hinein. Das zeigte sich besonders deutlich in den letzten Monaten.

Die Sowjetunion muß Schläge einstecken

Bisher verfügte Indien über 8 Unterseeboote, die alle aus der Sowjetunion stammen. Nun ist aber Indien darangegangen, seine Küsten selbst zu verteidigen. Das Land will in Hinkunft auf die atomar angetriebenen U-Boote der Sowjetunion verzichten und kauft sich von westeuropäischen Ländern konventionell angetriebene U-Boote mittlerer Größe.

Indien will ein voll ausgerüstetes Schiff kaufen, um dann weitere in Lizenz-Verfahren nachzubauen. Diese Entscheidung resultiert aus dem Unbehagen über die steigende Abhängigkeit von Rüstungslieferungen aus der Sowjetunion. Diese ist recht verärgert. Nicht nur deswegen: Desai, der Premierminister Indiens, kritisierte nicht nur den amerikanischen Stützpunkt auf Diego Garcia, sondern gab auch den Sowjets zu verstehen, sie möchten doch dazu beitragen, die Gewässer um den indischen Subkontinent in Ruhe zu lassen. Nach westlichen Meldungen soll Indien sogar mit Erfolg dem Inselstaat der Malediven dringend geraten haben, den dort von den Briten hinterlassenen Luftwaffenstützpunkt auf dem Eiland Gan nicht an die UdSSR zu veräußern.

Auch die USA haben Probleme

Nachdem die Sowjetunion eine gewisse Abfuhr erlitten hat, versuchen die USA wieder, ihren Einfluß zu erhöhen. Sehr große Erfolge haben sie bisher dabei nicht erzielt.

Die handfestesten Probleme zwischen Indien und den USA bestehen hauptsächlich auf zwei Gebieten:

1. Den amerikanischen Multis „Coca-Cola" und IBM wurde von den Indern die Türe gewiesen.

2. Indien weigert sich, den Atomsperrvertrag zu unterzeichnen. Desai äußerte sich während des Besuches des US-Bosses Carter zu Neujahr recht scharf: Der Sperrvertrag sei ebenso diskriminierend wie der Appell der Amerikaner, Indien möge seine nuklearen Installationen strikter internationaler Kontrolle unterwerfen. Carter versuchte Indien deswegen zu erpressen - er würde kein angereichertes Uran mehr nach Indien liefern. Das beeindruckte Desai nicht besonders. Darüber war Carter richtig verärgert. Er sagte zu Cyrus Vance: „Er (Desai) ist ziemlich hartnäckig in der Kernbrennstoffrage. Wenn wir heimkommen, werden wir Desai einen kalten und barschen Brief zu schreiben haben."

Auch gewann Carter Desai nicht für eine begeisterte Verteidigung der US-Politik im Nahen Osten. Er meinte, Israel müsse alle von ihm besetzten Gebiete räumen.

Weiters nahm Indien die neuen „Hilfs"angebote der USA in bezug auf die Nutzbarmachung der Flüsse nicht an. Die indische Regierung meinte, dieses Problem sollten die Länder vor allem durch ihre eigenen Anstrengungen lösen.

Auf Grund dieser insgesamt eher zurückhaltenden Position Indiens reiste Carter trotz herrlichem Empfang und viel Blah-Blah über die „größte Demokratisierung der Welt" abgekühlt und leicht verärgert ab.

Verschärft sich der Widerspruch zwischen Indien, als einem Land der Dritten Welt, und den Supermächten, ist das günstig für das indische Volk und insgesamt für den Kampf der Dritten Welt gegen Ausplünderung und Ausbeutung ihrer Länder durch die beiden Supermächte. Die beiden Supermächte werden stärker isoliert, die Bedingungen für ihr Weltherrschaftsstreben werden erschwert. Diese Entwicklung verschärft auch die Situation innerhalb des Landes. Indien ist ein halbfeudales, halbkoloniales Land, wo die veraltete halbfeudale Gesellschaft als Basis für die Imperialisten und Sozialimperialisten für die Ausbeutung des Landes dient. Ist die herrschende kapitalistische Bürokratenklasse und die Klasse der Großgrundbesitzer gezwungen, gegen die Ausbeuter des Landes aufzutreten, begünstigt das den Aufschwung der national-demokratischen Revolution der Volksmassen zur nationalen und sozialen Befreiung des Landes.

Gemeinsame Erklärung zu den Wahlen

Bei einer Zusammenkunft zweier Delegationen der PCR(ml) (Revolutionäre Kommunistische Partei) und der PCMLF (Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Frankreichs) über ein Abkommen für die Parlamentswahlen 1978 konnte folgende Übereinkunft erzielt werden:

1. Die beiden Organisationen veröffentlichen eine Erklärung, in der sie eine gemeinsame Haltung hinsichtlich des politischen Kampfes im Jahre 1978 festlegen. In der Tatsache, diese gemeinsame Kampagne aufzunehmen, drückt sich der Wille aus, in der Vereinheitlichung der Marxisten-Leninisten voranzukommen.

2. Diese Erklärung ist von der PCR(ml) und von der PCMLF unterzeichnet. Es ist offensichtlich, daß dies nicht als Änderung irgend einer der Positionen der PCR(m-l), bezüglich der Beurteilung der Ereignisse des Jahres 1970 betrachtet werden kann.

3. Die beiden Organisationen rufen die Werktätigen auf, sich auf einer antikapitalistischen und antirevisionistischen Basis zusammenzuschließen, um eine breitestmögliche Front gegen die Bourgeoisie auf der Rechten wie auf der Linken zu bilden, und dies auf der Basis einer Plattform, deren hauptsächliche Ausrichtung festgelegt wurde.

4. Diese Plattform wird unter der Bezeichnung „Arbeiter- und Bauernunion" für die proletarische Demokratie" vorgelegt.

(. . . .)

10. Die beiden Parteien haben folgende Erklärung angenommen:

Frankreich macht heute die schwerste Krise seit dem Ende des 2. Weltkrieges durch. Einmal mehr bezahlen die Arbeiterklasse und die Volksmassen die Zeche für diese Krise. (......)

Die Unzufriedenheit in unserem Lande ist groß, und das wissen auch alle politischen Kräfte. Aber es kommt darauf an, hinter den Worten das zu sehen, was die Parteien der Regierungsmehrheit und die der sogenannten Linksopposition wirklich zu bieten haben. Was Giscard und Barre betrifft, so besteht ihre Absicht darin, die Lasten der kapitalistischen Krise immer mehr auf die Arbeiterklasse und das Volk abzuwälzen. Barre hat zwei Jahre des „Gürtelenger-Schnallens" angekündigt. Chirac hat bei aller Demagogie große Schwierigkeiten zu verhehlen, daß er das ganze Land durch Rückgriff auf eine „Politik der harten Hand" gleichschalten will - einmal mehr zur Verteidigung der Ausbeutung.

Die Linksparteien ihrerseits wollen vergessen machen, daß sie alle in der Vergangenheit einmal in der Regierung saßen und daß es dem Kapitalismus heute um nichts schlechter geht; ihre vorgeblichen Losungen sind nichts als schöne Worte, da sie in Wirklichkeit das kapitalistische System überhaupt nicht in Frage stellen.

Ihre Versprechungen sind nur ein Mittel dazu, die Arbeiter, die von diesem System genug haben, weiter hinzuhalten. In Wirklichkeit verteidigen diese Parteien die grundlegenden Interessen der Bourgeoisie. Die KPF hat sogar ein eigenes Projekt eines bürokratischen Staatskapitalismus. Seine Verwirklichung bedeutete für die Werktätigen nichts anderes als eine Situation ähnlich der der Werktätigen in der UdSSR und den anderen osteuropäischen Ländern, wo sie kapitalistischer Unterdrückung und schlimmster Repression ausgesetzt sind.

Deshalb lehnen die Marxisten-Leninisten auch den Weg der Trotzkisten ab, die sich als Revolutionäre ausgeben, letztlich jedoch dazu aufrufen, für die Linksparteien zu stimmen.

Eine andere Aufgabe, die sich die Marxisten-Leninisten in dieser Kampagne stellen, ist der Kampf gegen die Kriegsvorbe-

der PCMLF und PCR(m-l) in Frankreich

reitungen der beiden Supermächte, die beide ihre Rivalität um die Hegemonie hinter schönen Worten über die Entspannung verstecken, insbesondere der sowjetische Sozialimperialismus. Die Marxisten-Leninisten entlarven diejenigen auf der Rechten und auf der Linken, von Giscard bis Marchais, die die Illusionen über die Entspannung nähren und so die Unabhängigkeit unseres Landes in Frage stellen, indem sie die Wachsamkeit unseres Volkes gegen die Kriegsgefahr einschläfern.

Es ist eine Pflicht für die Marxisten-Leninisten, in diesem Wahlkampf mit allen ihren Kräften zur Einheit unseres Volkes mit den Völkern der 3. Welt im Kampf gegen die Supermächte, Imperialismus und Reaktion beizutragen.

Die Marxisten-Leninisten sind der Meinung, daß es ohne die Erkämpfung der zentralen Staatsmacht durch die Arbeiterklasse, ohne Zerschlagung der Kräfte der Repression und der staatlichen Unterdrükkung, ohne sozialistische Revolution keine durchgreifende und dauerhafte Lösung des Problemes der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen unseres Landes gibt. Eine solche Revolution bedarf der Organisierung der fortgeschrittensten Arbeiter und der wirklich revolutionären Menschen unseres Volkes in einer einzigen wahrhaft marxistisch-leninistischen kommunistischen Partei.

Daher werden die beiden Parteien im politischen Kampf des Jahres 1978 die Aktionseinheit verstärken, um auf dem Weg zu einer solchen Partei Fortschritte zu erziehen. *(Auszüge, eigene Übersetzung)*

Spanien: Die Imperialisten reden von Demokratisierung, das Volk kämpft um Freiheit und Sozialismus

Der Ansturm des spanischen Volkes auf den Faschismus reichte, um die alte, offen faschistische Herrschaftsform der Bourgeoisie zu erschüttern und unmöglich zu machen. Er reichte noch nicht, um den gesamten Faschismus samt dem faschistischen Gewaltapparat in die Grube zu befördern und an dessen Stelle die Volksdemokratie zu errichten, die die Oligarchie und den Imperialismus entmachtet hätte. Juan Carlos' Monarchie stellt nach wie vor die politische Herrschaft der Oligarchie und des Imperialismus, vor allem des amerikanischen dar.

Seine von der bürgerlichen Presse in unserem Land so gelobte Demokratisierung besteht darin, bürgerliche Parteien zugelassen zu haben, deren Geschäft es ist, die Massen zu betrügen und auf die bürgerliche Demokratie einzuschwören. Vor allem die Reformisten und Revisionisten spielen diese Rolle. Ohne sie wäre die Herrschaft des Imperialismus und der Oligarchie der Großgrundbesitzer und des Finanzkapitals nicht mehr zu halten gewesen.

Vom faschistischen Gewaltapparat haben Juan Carlos und die Suarez-Regierung noch nichts liquidiert. Der jüngste Gaunertrick dieser Herrn ist die Umbenennung der 30.000 Mann starken Policia Armada (bewaffnete Polizei) in Policia Nacional (Nationale Polizei). Dise Elitepolizeitruppe ist 1941 gegründet worden – zum Zweck der völligen Niederwerfung der spanischen Arbeiterbewegung. Sie ist als eine der Kerntruppen des spanischen Faschismus überall berüchtigt. Zugleich wurde die Kompetenz der 63.000 Mann starken Guardia Civil geregelt. Sie ist die spanische Landpolizei, seit dem vorigen Jahrhundert verrufen für ihre Grausamkeiten und für ihre Schlächterqualitäten.

Bezüglich beider altfaschistischer Polizeikörper sieht die Regierungsvorlage vor, daß sie ihre militärische Gliederung beibehalten, daß sich das faschistische Offizierskorps nicht ändern wird, sondern nur ihr oberster Vorgesetzter. War dieser früher ein Militär, so wird es jetzt der „Generaldirektor für die Sicherheit“ sein, ein dem Innenminister unterstellter Zivilist.

Das sind die Tatsachen bezüglich der Demokratisierung. Und der spanische Revisionist Carillo hielt vor einigen Wochen fest: „Die Einführung der Republik ist in Spanien nicht zeitgemäß.“

Ökonomisch hat die Suarezregierung und ihr König das Land dem Imperialismus mehr geöffnet denn je. Juan Carlos, in den USA erzogen, Suarez, er galt immer schon als Gewährsmann des US-Imperialismus, haben dem amerikanischen Imperialismus auch noch die letzten Hindernisse für sein Eindringen weggeräumt.

Auf den Fersen des US-Imperialismus sind die BRD-Imperialisten gefolgt. Sie alle setzen darauf, Spanien in die EG hineinzuziehen, um seine Reichtümer und seine Arbeiterklasse noch mehr ausbeuten zu können, als sie es in diesem schon bisher von den USA und der EG abhängigen Land tun konnten.

Die russischen Sozialimperialisten sehen ihre größten Hoffnungsgebiete im Fischfang, wo sie schon große Gebiete vor spanischen Küsten zu kontrollieren beginnen.

Die spanische Regierung ist weit entfernt davon, das „Land auf friedliche Art und Weise zu demokratisieren“. Diese Wirtschaftspolitik, die fortgesetzte Verweigerung wirklicher demokratischer Rechte für das Volk, die Vorenthaltung der nationalen Rechte gegenüber den Basken und Katalonen, dies hat gewaltige Klassen- und Volksbewegungen in Spanien ausgelöst.

1,5 Millionen Menschen demonstrieren in Andalusien

Am 4. Dezember fanden in ganz Andalusien Demonstrationen für die Autonomie Andalusien statt. Insgesamt 1,5 Millionen Menschen beteiligten sich daran. Für den spanischen Staat war dies ein Zeichen, wollte man nicht alle Positionen gefährden, seinen Polizeiapparat mit aller Brutalität einzusetzen. Doch gegen die Massendemonstrationen war man zu feige. Erst als sich die Demonstrationen bereits aufgelöst hatten, griffen Greiftrupps der Polizei, die mit Jeeps in die nach Hause strömenden Massen hineinfuhren und aus Pistolen herumschossen, ein. Dabei wurde in Malaga der Jugendliche Manuel Carcia Caparroa ermordet.

In Andalusien gibt es 415.000 Arbeitslose, das sind 19% der Bevölkerung. Etwa ein Viertel der Arbeitslosen bekommen keine Arbeitslosenunterstützung. Mehr als 500.000 Andalusier sind in den letzten Jahren emigriert, das heißt, ins Ausland arbeiten gegangen. Etwa 450.000 Andalusier sind Analphabeten, aber in Sevilla sind 2.000, in Jaen z.B. 1.000 Lehrer arbeitslos. 260.000 Kinder gehen nicht in die Schule.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß bei den Demonstrationen für die Autonomie Andalusiens die wirtschaftlichen Fragen damit untrennbar verbunden sind. Brot, Arbeit und Freiheit, das waren die Losungen, unter denen das Volk Andalusiens auf den Straßen demonstrierte.

Marsch der Arbeitslosen auf Madrid für Mitte Februar geplant

Eine der brennendsten sozialen Fragen in Spanien ist das riesige und wachsende Arbeitslosenheer. Heute gibt es mehr als 1,1 Millionen Arbeitslose (das sind rund 12–13% der Arbeiter überhaupt). Die Arbeitslosenzahl hat sich seit 1972 verdoppelt.

Von den 1,1 Millionen beziehen überhaupt nur 280.000 Arbeitslose eine Unterstützung, die nicht einmal 40% des zum Leben Notwendigen ausmacht.

Im Pakt von Moncloa, einem gemeinsamen Sanierungsprogramm aller bürgerlichen Parteien, inklusive der KP-Spaniens Carillos, ist eine weitere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung vorgesehen.

Die Lage der Arbeitslosen, die Gründe für das starke Anwachsen – das sind Fragen, die die ganze Arbeiterklasse des Landes bewegen und bis hinein in die bäuerlichen Schichten Unruhe und Aufruhr tragen. Für Mitte Februar ist ein Sternmarsch der Arbeitslosen nach Madrid geplant. In vielen Orten und Städten des Landes haben sich Komitees gebildet, die schon seit Wochen dafür mobilisieren, regionale Kundgebungen durchführen und jetzt schon Marschvorbereitungen treffen. Bekannte Künstler, Literaten und Intellektuelle stellen ihre Tätigkeit in den Dienst der Vorbereitung des Marsches.

Die Regierung erwartet selbst hunderttausende Teilnehmer. Obwohl sie den Marsch verbieten will, befindet sie sich in einer Lage, wo sie fast sicher sein kann, daß sie sich mit einem solchen Verbot die schwerste Niederlage ihrer bisherigen Regentschaft holen würde.

In jedem Fall wird der Marsch stattfinden und er wird zum bisher schärfsten Schlag der Arbeiterbewegung gegen den Pakt von Moncloa werden.

11. März 1938 – „Anschluß“ Österreichs

Vor 40 Jahren, am 11. März 1938, marschierten die Truppen Hitlerdeutschlands in Österreich ein. Der „Anschluß“ war ein entscheidender Schritt bei der Aufstellung der Nazitruppen für den 2. Weltkrieg.

In dieser und den folgenden Nummern des „Klassenkampf“ veröffentlichen wir eine Zusammenstellung von Fakten und Dokumenten über die Vorbereitung und die Durchführung der Okkupation Österreichs von seiten Hitlerdeutschlands, über die Beschwichtigungspolitik der Westmächte und über das Zurückweichen des austrofaschistischen Schuschnigg-Regimes, über die Entfaltung des Widerstands der österreichischen Arbeiter- und Volksmassen und über die internationale Solidarität mit diesem Widerstand.

11. Juli 1936:
Abkommen zwischen der österreichischen und deutschen Regierung über die Erleichterung der Tätigkeit der Nationalsozialisten in Österreich und ihre Beteiligung an Regierungsgeschäften.

Das offizielle Sprachrohr des deutschen Finanzkapitals, der *„Deutsche Volkswirt“*, schreibt:

„Das heutige Österreich ist ein Schlüssel zu Mitteleuropa. Durch Österreich schiebt sich das Deutsche Reich bis zu den Alpen vor, die eine ideale natürliche Grenze bilden. Österreich liegt an der Donau vor den Toren Südosteuropas und des Balkans und bietet für das deutsche Territorium einen von den anderen Mächten unabhängigen Eingang in den Nahen Osten. Österreich, das Böhmen und Schlesien von den Seiten umfaßt, verwandelt das Deutsche Reich in den entscheidenden mitteleuropäischen Faktor. Österreich ist darum der Punkt auf dem i für die Stellung Deutschlands als Weltmacht, weil es Deutschland unabhängig von fremden Einflüssen in Mitteleuropa macht.“

November 1937:
Eine österreichische Wirtschaftsdelegation wird in Berlin von Hermann Göring empfangen. Dort ist eine Landkarte zu sehen, auf der die Grenzen zwischen Österreich und Deutschland nicht mehr eingezeichnet sind. *Göring:*

„Ich möchte eine so schöne Karte nicht so oft ändern und habe sie daher gleich so anlegen lassen, wie sie meinen Wünschen und auch der Auffassung, die ich über die Entwicklung habe, entspricht.“

26. Jänner 1938:
Im Büro des nach dem Abkommen vom Juli 1936 gebildeten *„Siebenerausschusses“*, dem mehrere Nazis angehören, wird bei einer Hausdurchsuchung ein von dem Ausschußmitglied Dr. Tavs verfaßtes *„Aktionsprogramm“* mit detaillierten Plänen für den „Anschluß“ entdeckt. In diesem Dokument heißt es:

„Europäische Lage:
Italien fest auf die Freundschaft Deutschlands angewiesen,
Kleine Entente isoliert,
Frankreich in einer schweren inneren Krise, zum Angriff außerhalb seiner Landesgrenzen unfähig,
Rußland in einem Kaos,
England in Ostasien, im Nahen Osten, in Indien und im Mittelmeer gebunden. Es marschierte seinerzeit bei der Besetzung des Rheinlandes nicht, obwar der Rhein Englands Grenze ist, es wird umso weniger unter veränderten Verhältnissen für die Donau marschieren, daher Aktionsfreiheit für das Deutsche Reich. Die Partei muß bereitstehen für die Volksabstimmung.“

12. Februar 1938:
Schuschnigg trifft in Berchtesgaden mit Hitler zusammen. Hitler stellt neue Forderungen: *Aufnahme von Nationalsozialisten in die Regierung*, und zwar Seyß-Inquart als Innenminister mit unbeschränkten Polizeibefugnissen, Glaise-Horstenau als Heeresminister und Dr. Fischböck als Minister für die Regelung des deutsch-österreichischen Wirtschaftsverkehrs; *Freilassung aller inhaftierten Nazis* innerhalb von drei Tagen, *freie politische Betätigung der Nazis* im Rahmen der „Vaterländischen Front“; *Offiziersaustausch und regelmäßige Generalstabsbesprechungen zwischen dem deutschen und dem österreichischen Heer.*

14. Februar 1938:
Schuschnigg berichtet dem Bundespräsidenten und seinen engsten Mitarbeitern über das Gespräch mit Hitler. Es komme nur der eine Weg in Frage, den Nazis weitere Zugeständnisse zu machen, damit er weiterhin Bundeskanzler bleiben könne.

„Am Montag, dem 14. Februar, noch vor der Bildung der neuen österreichischen Regierung, haben die Metallarbeiter der Autofabrik Austro-Fiat und Daimler und die Arbeiter der Maschinenfabrik Clayton-Shuttleworth die Arbeit für zwei Stunden eingestellt, um gegen die Auslieferung Österreichs an die Nazi zu protestieren. Der Streik breitete sich auch auf andere Betriebe aus.“ (Rundschau, Basel)

„Die österreichischen Arbeiter haben ihre Bereitschaft zur Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes gegen den Hitlerfaschismus wiederholt klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. .... Unsere Aufgabe besteht darin, den Unabhängigkeitswillen des Volkes einen demokratischen Inhalt und eine fortschrittliche Perspektive zu geben. Die österreichische Arbeiterschaft und die fortschrittlichen Kräfte müssen den Kampf für ein wirklich unabhängiges Österreich aufs engste verbinden mit dem Kampf für die Freiheit und für die demokratische Selbstbestimmung des Volkes.“ (Johann Koplenig, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Österreichs, auf der Reichskonferenz der KPÖ im August 1937.)

Die Tragödie von München und die gegenwärtige Beschichtigungspolitik

Wir bringen hier die Fortsetzung des Artikels aus „Peking Rundschau" 50/77, dessen erster Teil in der letzten Nummer unseres Zentralorganes abgedruckt wurde.

Der 1. Teil behandelte die Rolle der Beschwichtigungspolitik Chamberlains und Daladiers gegenüber dem Hitlerfaschismus und den anderen Kriegsbrandstiftern. Er zeigte, daß diese den Krieg nicht nur nicht aufhalten konnte, sondern seinen Ausbruch beschleunigte und die Völker der Welt unvorbereitet ließ. In der Folge wurden einige Tendenzen im heutigen Westeuropa gezeigt, die stark an die Lage vor München 1938 erinnern. Hier setzt der Artikel fort:

Wie ihre Vorgänger (die Vertreter der Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Hitlerfaschismus, Anm. d. Red.), betrachten sie (die heutigen Vertreter der Beschwichtigungspolitik) den Kapital- und Warenexport in die Sowjetunion als Allheilmittel gegen die kapitalistische Wirtschaftskrise und sehen in der Hilfe für die sowjetische Aufrüstung und Kriegsvorbereitung eine gute Bereicherungsmöglichkeit. Sie versuchen, aus ihrer technischen Hilfe, ihren Anleihen und Getreidelieferungen eine Zwangsjacke für die Sowjetunion zu schneidern und „sie vom Westen abhängig zu machen". Sie betrachten die Sowjetunion als den „größten bisher unerschlossenen Markt der Welt". Verlockt durch die sowjetischen Schalmeienklänge wie „internationale Zusammenarbeit, „Materialisierung der Entspannung" etc. stellten sie der Sowjetunion riesige Summen, moderne Ausrüstungen und fortgeschrittene Technik zur Verfügung.

Wie ihre Vorgänger wollen die Verfechter der Beschwichtigungspolitik das sowjetische Unheil nach Osten, nach China, ablenken. Helmut Sonnenfeldt, ehemaliger Mitarbeiter des US-Außenministeriums, versucht die Sowjetunion mit seiner Behauptung zu schrecken, China werde in 20 Jahren die dritte Supermacht sein. Er sagte: „Entspannung heißt eben, daß wir nicht nur im traditionellen Sinne das Gleichgewicht (mit der sowjetischen Kraft) halten, sondern ihren Einsatz beeinflussen." Er gab der Sowjetunion zu verstehen, sie solle ihren Angriffsschwerpunkt von Westeuropa nach Osten verlagern. Die Sowjetunion tat so, als ob sie seinem Rat gerne folge. Sie intensivierte ihre antichinesische Kampagne entsprechend der Strategie „Scheinmanöver im Osten, Angriff im Westen".

Der sowjetische Sozialimperialismus hat das Hitlerdeutschland der dreißiger Jahre weit übertroffen – sowohl in seinem Ehrgeiz nach Weltherrschaft, seiner militärischen Stärke, als auch in seiner Taktik, durch „Entspannung" seine Kriegsvorbereitungen zu verschleiern. Die gegenwärtige Beschwichtigungspolitik ist weit gefährlicher als die Chamberlains, denn die Opfer sind nicht nur die Tschechoslowakei, sondern ganz Europa und sogar Afrika und Mittelost. Heute steht Westeuropa noch unter dem „Schutzschild" der USA. Aber wenn die Sowjetunion einen Blitzkrieg gegen Westeuropa entfesselt, weiß niemand, wie die USA reagieren. Manche Strategen Washingtons sind der Meinung, wenn die Situation kritisch werde, sollten die Vereinigten Staaten ihre Kraft nicht in Westeuropa vergeuden, sondern im Interesse der USA auf Westeuropa verzichten. Aus dem inzwischen bekanntgewordenen „Presidential Review Memorandum 10" geht hervor, daß die USA im Falle eines sowjetischen Angriffs auf ein Drittel des Territoriums der BRD verzichten würden. Dies ist ein schlechtes Omen dafür, daß die USA im Falle eines sowjetischen Angriffs der Sowjetunion Westeuropa überlassen und sich zum Selbstschutz auf die andere Seite des Atlantik zurückziehen werden. Stimmt das nicht nachdenklich und verlangt Wachsamkeit?

Drei Lehren

Die historischen Erfahrungen und die gegenwärtige Gefahr zeigen, daß die Beschwichtigungspolitik den Völkern keineswegs Frieden und Sicherheit bringt, sondern unermeßliche Katastrophen. Wie die japanische Zeitschrift „Probleme der Sowjetunion" feststellt, „ist die Beschwichtigung die schlimmste Politik, denn sie provoziert den Krieg". Die Zeitschrift übertreibt keineswegs. Die Tatsache, daß der sowjetische Sozialimperialismus mit aller Kraft Entspannungsillusionen verbreitet und die Beschwichtigungsströmung im Westen ermuntert, macht dies klar. Deshalb muß man entschieden gegen die Beschwichtigungspolitik auftreten, um den imperialistischen Krieg zu bekämpfen und den Ausbruch eines neuen Weltkrieges hinauszuzögern.

Solange der Imperialismus besteht, besteht die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Das ist ein objektives Gesetz. Damit meinen wir aber nicht, daß der Krieg bereits morgen ausbrechen wird. Im Gegenteil, wir sind der Ansicht, daß ein richtiger Weg zur Hinauszögerung gefunden werden kann, wenn die Völker der Welt gemeinsame Anstrengungen unternehmen, sich die historische Lehre von München in den dreißiger Jahren fest einprägen und ihre Erfahrungen im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus seit dem II. Weltkrieg zusammenfassen.

Welche Lehren und Erfahrungen gibt es in dieser Hinsicht?

Erstens. Wir dürfen nicht wie die Vertreter der Beschwichtigungspolitik ein Trugbild des Friedens schaffen und die Völker mit „Entspannung", Abrüstung" und anderen Scheinlosungen einschläfern. Wir müssen ihnen vielmehr die ernste Kriegsgefahr bewußt machen und sie aufklären und mobilisieren, gute Verteidigungsvorbereitungen zu treffen und die Aggressoren zu bekämpfen.

Ein chinesisches Sprichwort lautet: „Denke an die Gefahr in der Friedenszeit, dies ermöglicht eine gute Vorbereitung. Durch gute Vorbereitungen ist man vor Überraschungen sicher." Dies heißt, in der Friedenszeit müssen wir einen eventuellen Kriegsausbruch in Erwägung ziehen und uns seelisch, materiell und organisatorisch vorbereiten. Vorbereitet sein ist kein Schaden; ist man jedoch unvorbereitet, wiegt der Ausbruch des Krieges schwer. Deshalb müssen wir fortgesetzt die Kriegspläne der Supermächte, insbesondere des sowjetischen Sozialimperialismus, entlarven, damit die Völker ihre Wachsamkeit erhöhen und ihren Kampfwillen verstärken.

Zweitens. Wir dürfen uns von der militärischen Drohung der imperialistischen Aggressoren nicht ins Bockshorn jagen lassen und unablässig Zugeständnisse machen wie die Vertreter der Beschwichtigungspolitik. Wir müssen vielmehr die innere Schwäche des Imperialismus erkennen und uns bemühen, ihre Kriegspläne zu durchkreuzen.

Manche Leute fürchten die Sowjetunion, genauso wie Chamberlain, Daladier und ihresgleichen damals Hitlerdeutschland gefürchtet haben. Im Jahre 1938, als Hitler deutsche Truppen zur Invasion der Tschechoslowakei zusammenzog, machte Chamberlain eiligst Zugeständnisse. Später sagte Hitler stolz und anmaßend: Wenn man im Umgang mit einem Land feststelle, daß es zu Zugeständnissen neige, ja sogar unterwürfig sei, dann könne man damit rechnen, daß es auch künftig neue Forderungen prompt erfülle. Es ist ganz klar, daß im Umgang mit einem Aggressor die Angst vor ihm nichts nützt. Die Aggressoren schikanieren die Schwachen und fürchten die Starken. Je mehr man den Krieg fürchtet, desto häufiger drohen sie mit dem Krieg, ja sie beschleunigen den Kriegsausbruch.

Wie alle Reaktionäre ist auch der sowjetische Sozialimperialismus ein Papiertiger. Es gibt keinen Grund, sich vor ihm zu fürchten. Auch in der heutigen Sowjetunion wachsen alle dem Imperialismus innewohnenden Widersprüche. Ihre Kraft reicht nicht für die Verwirklichung ihrer wilden Ambitionen. Mit zunehmender Aggression und Expansion zersplittert sie ihre Kräfte. In ihrer bedrohlichen Offensive liegt ihre unvermeidliche Niederlage.



Im September 1938 trafen sich die Regierungschefs Englands und Frankreichs, Chamberlain und Daladier, mit Hitler und Mussolini. Sie unterzeichneten damals verschiedene Vereinbarungen, die dem Hitlerfaschismus und den anderen beiden Kriegsbrandstiftern freie Hand in Europa ließen. Insbesondere lieferten sie dem deutschen Imperialismus die Tschechoslowakei aus, nachdem sie den Überfall auf Österreich, der bereits vor dem Abkommen von München war, sowieso schon akzeptiert hatten. Die Bildunterschrift in dem Nationalsozialistischen Propagandabuch aus dem Jahr 1939 zu dem Bild lautete: „Nie wieder Krieg mit England!" Nicht einmal zwei Jahre später war Frankreich so gut wie annektiert und lag London unter den Luftangriffen der deutschen Luftwaffe.

Ein ernstes Hindernis für die Kriegspläne der Sowjetunion ist die Opposition der Völker, die immer wieder ihre globalstrategischen Aufmarschpläne durchkreuzen. Um einen Weltkrieg zu entfesseln, muß sie ihre Fühler überallhin nach militärischen Basen und Stützpunkten ausstrecken. Dadurch macht sie sich die Völker der Welt zum Feind und stößt überall auf Widerstand. Sie ist mehrmals aus den Ländern, die sie zu kontrollieren versuchte, hinausgeworfen worden. Mit ihrer Aggression und Expansion tritt sie in die Fußstapfen der USA und ist in das Kreuzfeuer der Völker geraten. Der heftige Kampf aller Völker gegen den Hegemonismus, insbesondere gegen die Aggression und Expansion des sowjetischen Sozialimperialismus, hat ihre konterrevolutionäre globalstrategische Aufmarschplanung durcheinandergebracht. Es ist schwierig für Moskau, seine Aggressions- und Kriegspläne zur verwirklichen. Der antihegemonistische Kampf der Völker ist ein wichtiger Faktor für die Hinausschiebung eines neuen Weltkriegs.

Drittens. Man darf nicht auf Kosten der anderen nur auf die eigenen Interessen achten, wie die Vertreter der Beschwichtigungspolitik, sondern muß den vereinten Kampf der Völker stärken und eine breite internationale Einheitsfront bilden, um die Kriegspläne der Supermächte zu vereiteln.

Ein wichtiger Grund für das Zustandekommen der Münchener Verschwörung bestand darin, daß die betroffenen Länder sich nicht zusammenschlossen, um gemeinsam die Aggression Hitlerdeutschlands abzuwehren. Vielmehr hegten sie gegenseitig Argwohn und jeder dachte nur an sich. So konnte Hitler sie einzeln schlagen. Dazu kam, daß die Vertreter der Beschwichtigungspolitik im eigenen Interesse sich bei der Wirtschaftshilfe für das faschistische Hitlerdeutschland gegenseitig überschlugen. Dadurch halfen sie dem Aggressor, seine Schwäche zu überwinden und mit besseren materiellen Bedingungen den Krieg vom Zaune zu brechen. Verglichen mit Großbritannien und Frankreich war Hitlerdeutschland weder wirtschaftlich noch militärisch überlegen. Trotzdem wagte es Europa in einen Krieg zu stürzen, und wurde immer zügelloser, denn es wußte, daß Chamberlain, Daladier und Konsorten den sowjetischen Vorschlag zur Bildung eines antifaschistischen Bündnisses ablehnten und sich weigerten, mit anderen europäischen Ländern einen gemeinsamen Verteidigungspakt zu schließen.

Heute wächst der Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus und versetzt dem Hegemonismus der Supermächte schwere Schläge. Die Länder und Völker der Dritten Welt treiben die Weltgeschichte mächtig voran. Auch die Zweite Welt beginnt, sich gegen die Kriegsgefahr und Kontrolle durch die beiden Hegemonialmächte, besonders den sowjetischen Sozialimperialismus, zusammenzuschließen. Eine internationale Einheitsfront gegen den Hegemonismus, die auch die Völker der Sowjetunion und der USA umfaßt, bildet sich heraus und spielt im internationalen Klassenkampf eine wachsende Rolle. Sie besitzt eine breite Basis und stärkere Kraft als die damalige antifaschistische internationale Einheitsfront. Es ist durchaus möglich, gestützt auf den vereinten Kampf, die Kriegspläne der Supermächte zu durchkreuzen und den Ausbruch eines neuen Weltkrieges hinauszuschieben.

Die Welt der siebziger Jahre ist nicht mehr die zur Münchener Zeit. Sollten die Hitler unserer Zeit einen Krieg zu entfesseln wagen, werden sie zweifellos noch schmählicher enden als Hitler.

Solidaritätsveranstaltungen mit dem uruguayischen Volk

Die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen!

Am 27. 1. trat das Österreichische Komitee zur Unterstützung von PRENSA LIBRE-Uruguay erstmals mit einer Veranstaltung an der Universität Wien an die Öffentlichkeit. Die ganze Veranstaltung, zu der 350 Menschen gekommen waren, verlief in einer kämpferischen Atmosphäre und war ein ermutigender erster Schritt in der Organisierung der Solidarität mit dem Kampf des uruguayischen Volkes gegen Faschismus und Imperialismus.

In der Eröffnungsrede wies ein Komiteemitglied auf die Brutalität des faschistischen Regimes in Uruguay hin. Es sagte: „Die Folter gehört heute dort zum Alltag, ebenso wie die Verschleppung und Ermordung von hunderten Patrioten." Sodann gab er einen kurzen Überblick über die historische Entwicklung des Landes seit den Unabhängigkeitskriegen unter José Artigas, dem unvergessenen Präsidenten des Volkes. Anschaulich stellte der Redner dar, wie Uruguay in der Folge immer wieder zum Spielball ausländischer Interessen wurde, wie zuerst der englische, später der nordamerikanische Imperialismus, im Lande Fuß faßten.

„Zwischen den imperialistischen Weltkriegen und währen des Zweiten Weltkrieges ließ der Druck auf Uruguay nach und es kam zu einer gewissen unabhängigen Entwicklung. Die nationale Bourgeoisie wuchs und mit ihr das Proletariat. Eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung und ein relativ hohes Lohnniveau wurden erkämpft. Uruguay wurde die Schweiz Amerikas genannt."

„Doch dieser Unabhängigkeitskurs war nicht konsequent genug: Niemals wurde die Landreform radikal durchgeführt, niemals der Einfluß der Landoligarchie vor allem auf das Militär gebrochen." Nach dem Eindringen des US-Imperialismus, der sich vor allem auf die Großgrundbesitzerklasse stützte, wurde eine Errungenschaft nach der anderen abgebaut. Die Volkskämpfe gegen die wachsende Knebelung durch die Gringos führten in den 60er-Jahren zur Tupamaro-Bewegung, durch welche die Weltöffentlichkeit auf Uruguay aufmerksam wurde. Der faschistische Putsch war der letzte Ausweg von Imperialismus und Landoligarchie auf den Ansturm des Volkes.

Im Anschluß an die Rede sang der uruguayische Patriot El Gorrión Freiheitslieder aus Uruguay, Lateinamerika und Spanien, die mit großer Begeisterung aufgenommen wurden.

Zwischen den Liedern wurden antifaschistische Texte von Bertolt Brecht vorgelesen, um die Solidarität mit den antifaschistischen Kämpfern Uruguays heute zu verbinden mit den antifaschistischen Traditionen des österreichischen Volkes gegen Hitlerdeutschland.

Die 350 Besucher antworteten selbst mit Kampfliedern, unter anderem mit dem Einheitsfrontlied und dem Solidaritätslied.

Von der ersten Nummer von PRENSA LIBRE wurden 154 Exemplare verkauft sowie 3.288,35 S an Spenden für das Komitee gesammelt.

Unter stürmischem Beifall wurde eine Solidaritätsadresse des uruguayischen Komitees „José Artigas" verlesen. Ein Redner vom Aktionskomitee für die Wiedereinreiseerlaubnis für Erol Sever verlas eine Resolution, in der nachdrücklich die Aufhebung des Aufenthaltsverbotes gefordert wurde. Sie wurde einstimmig angenommen.

Am 28. 1. wurde die Veranstaltung im Jugendzentrum Mödling vor 40 Schülern und Lehrlingen wiederholt. Auch dort stieß das Programm auf großes Interesse. 25 Zeitungen wurden verkauft und S 50,- Spenden gesammelt.



PRENSA LIBRE (freie Presse) 1/78
Zeitung des Komitees zur Unterstützung von PRENSA LIBRE (Uruguay), Nachdrucke von Artikeln des in Uruguay illegal erscheinenden revolutionären Massenorgans „Prensa libre", enthält auch die Plattform des Komitees, Preis: S 3,-.
Zu beziehen über die *Kontaktadresse des Komitees:* R. Schindel, 1020 Wien, Schüttelstraße 93

Das Komitee stellt sich unter anderem folgende Aufgaben:

– Verbreitung von Informationen über Kämpfe, zu denen sich das Volk zusammenschließt. Unterstützung des antifaschistischen Kampfes in allen seinen Formen. Propagierung der Kampfplattform von PRENSA LIBRE und Aufzeigen, welche Bedeutung sie für die Entwicklung der Kämpfe hat.

– Auftreten gegen alle Maßnahmen, die von der österreichischen Regierung oder privater Seite gegen die Interessen des Volkes in Uruguay ergriffen werden.

– Unterstützung der in Österreich lebenden uruguayischen Patrioten bei ihrer Eingliederung in ein normales Leben in Österreich. Eintreten für entsprechende Maßnahmen von seiten der Regierung und gegen jede Behinderung der politischen Tätigkeit uruguayischer Patrioten in Österreich.

Bis 1. Mai – 1.000 Abonennten für „China im Aufbau" gewinnen!



„China im Aufbau" ist eine illustrierte Zeitschrift, in der über die verschiedenen Seiten des Aufbaus des Sozialismus in China berichtet wird. Die Zeitschrift wird vom chinesischen Institut für Wohlfahrt herausgegeben und erscheint vorerst zweimonatlich. Sie beinhaltet Artikel über Chinas Politik, Wirtschaft, Erziehung, Gesundheitswesen, Wissenschaft, Literatur, Kunst, über Frauenfragen, Geschichte, Geographie, über das Leben der nationalen Minderheiten, die Beziehungen mit anderen Ländern usw.

Die Zeitschrift „China im Aufbau" ist ein ausgezeichnetes Mittel zur Propagierung des Sozialismus, zur Vertiefung der Freundschaft zwischen dem österreichischen und dem chinesischen Volk sowie zur Verbreitung sozialistischer Ideen und ihrer praktischen Verwirklichung.

Aus diesem Grund haben wir beschlossen, in einer breiten Abonnenten-Werbe-Kampagne alle Anstrengungen zu setzen, um bis zum 1. Mai 1978, 1.000 Abonnenten für „China im Aufbau" zu gewinnen. „China im Aufbau" kommt dem Wunsch vieler Werktätigen in Österreich entgegen, mehr und besser über das sozialistische China Bescheid zu wissen.
Ein Jahresabonnement kostet S 35,-, ein Einzelheft S 7,-.

Neben der Propagierung von „China im Aufbau" müssen wir uns auch bemühen, verstärkt die politische Wochenschrift „Peking Rundschau" und die Illustrierte „China im Bild" unter den Massen zu verbreiten und auch hier versuchen, viele Menschen zu gewinnen.



Jahresabonnement: S 75,-
2-Jahresabonnement: S 112,50
3-Jahresabonnement: S 150,-



Jahresabonnement: S 60,-
2-Jahresabonnement: S 90,-
3-Jahresabonnement: S 120,-

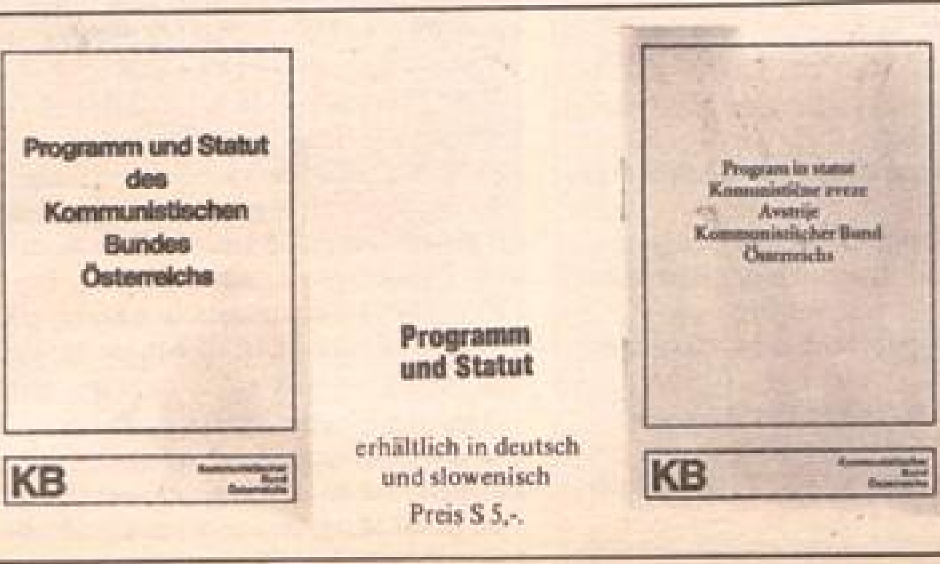
Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

Inhalt:

- Kommuniqué
- Referat des Sekretärs des Zentralkomitees zu den Aufgaben der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz
- Politischer Bericht des Zentralkomitees an die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz
- Resolution zur Analyse der internationalen Lage
- Referat des Sekretärs des Zentralkomitees zur Lage und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich
- Organisationsbericht des Zentralkomitees an die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz
- Resolution zu den Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften
- Resolution zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten
- Die wichtigsten Änderungen am Programm
- Die wichtigsten Änderungen am Statut
- Beschluß der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz zum Politischen Bericht und zum Organisationsbericht des Zentralkomitees (Auszüge)
- Schlußwort des Sekretärs des Zentralkomitees



Best. Nr.: Z 2000 157 Seiten, Preis 50,- öS
Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., „Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten" 1042 Wien, Postfach 13



Programm und Statut
erhältlich in deutsch und slowenisch
Preis S 5,-.

Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung !


Kommandoeinheit, die ein Gebäude des israelischen Geheimdienstes in Tel Aviv angegriffen hat.

Seit die palästinensischen Revolutionäre mit einem militärischen Angriff am 1. Jänner 1965 den bewaffneten Kampf gegen den zionistischen Feind aufgenommen haben, sind die Imperialisten rasch in die Defensive gegegenüber den arabischen Völkern gekommen. Ihr Kettenhund im Nahen Osten, der zionistische Siedlerstaat, wankt heute unter den Schlägen des Befreiungskampfes und dem Kampf der arabischen Völker und Länder. Den beiden Supermächten, USA und Sowjetunion, ist es nicht geglückt, den palästinensischen Befreiungskampf zu zerschlagen oder zu unterwerfen.

Das arabische Volk Palästinas kann die Heimat nur mit dem bewaffneten Kampf befreien und sich so die Rückkehr ermöglichen, erklärte der Vorsitzende der PLO, Yasser Arafat am 15. 1. Beides ist absolut notwendig. Mit der Aufrichtung Israels haben sich die Imperialisten einen Stützpunkt im Raum geschaffen. Das Land ist ein Waffen- und Heereslager des Imperialismus, vorgeschobenes Fort. Seit 1948 ist dieses Waffenlager in vier Raubkriegen ausgedehnt worden. Über eineinhalb Millionen Palästinenser mußten das Land verlassen, ebensoviele leben unter der zionistischen Besatzungsmacht, die sich auch auf ägpytisches und syrisches Gebiet erstreckt.

Es ist das historische Verdienst der PLO, systematisch an der Organisierung und Entwicklung des bewaffneten Kampfes gearbeitet zu haben. Das ist auch die Grundlage des Vertrauens, das die überwältigende Mehrheit des Volkes ihr entgegenbringt. Auf ihrem 13. Nationalkongreß haben die palästinensischen Revolutionäre festgelegt:

„Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Entschlossenheit, den bewaffneten Kampf und die damit zusammenhängenden Formen des politischen und des Volkskampfes fortzusetzen, um die nationalen Rechte zu verwirklichen. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt, daß der Widerstand im besetzten Gebiet in allen Formen, militärisch und politisch, im Zentrum seines Kampfprogramms steht. Auf dieser Grundlage kämpft die PLO um die Stärkung des bewaffneten Kampfes im besetzten Gebiet und die Stärkung aller Kampfformen, die ihn ergänzen. Der Palästinensische Nationalrat sorgt für die Bereitstellung aller Formen der moralischen Unterstützung unseres Volkes im besetzten Gebiet, um seinen Kampf zu verstärken und seinen Widerstand zu fördern bis zur Beendigung und Vernichtung der Besatzung."

Dreizehn Jahre Kampf sind dreizehn Jahre Erfahrung und Kräftesammeln. Der Kampf hat sich entwickelt, weil die Palästinensische Befreiungsorganisation ein nationaldemokratisches Programm hat, das die Organisierung der Massen für den Befreiungskampf ermöglicht.

„Der Nationalrat bekräftigt sein Festhalten an dem strategischen Ziel der PLO: die Befreiung Palästinas von der zionistisch-rassistischen Besatzung, damit es für das palästinensische Volk eine Heimat wird, in der der demokratische Staat entsteht, in dem die Bürger ohne Diskriminierung und Unterschiede der Religion, Farbe oder Rasse leben können, in einer Atmosphäre der Versöhnung, des Friedens und der Brüderlichkeit. Dieses Ziel ist Ausdruck der geographischen und historischen Tatsachen und ein Ausdruck für das Recht des palästinensischen Volkes auf seine Heimat." (Kommuniqué des 13. Nationalrates, März 77)

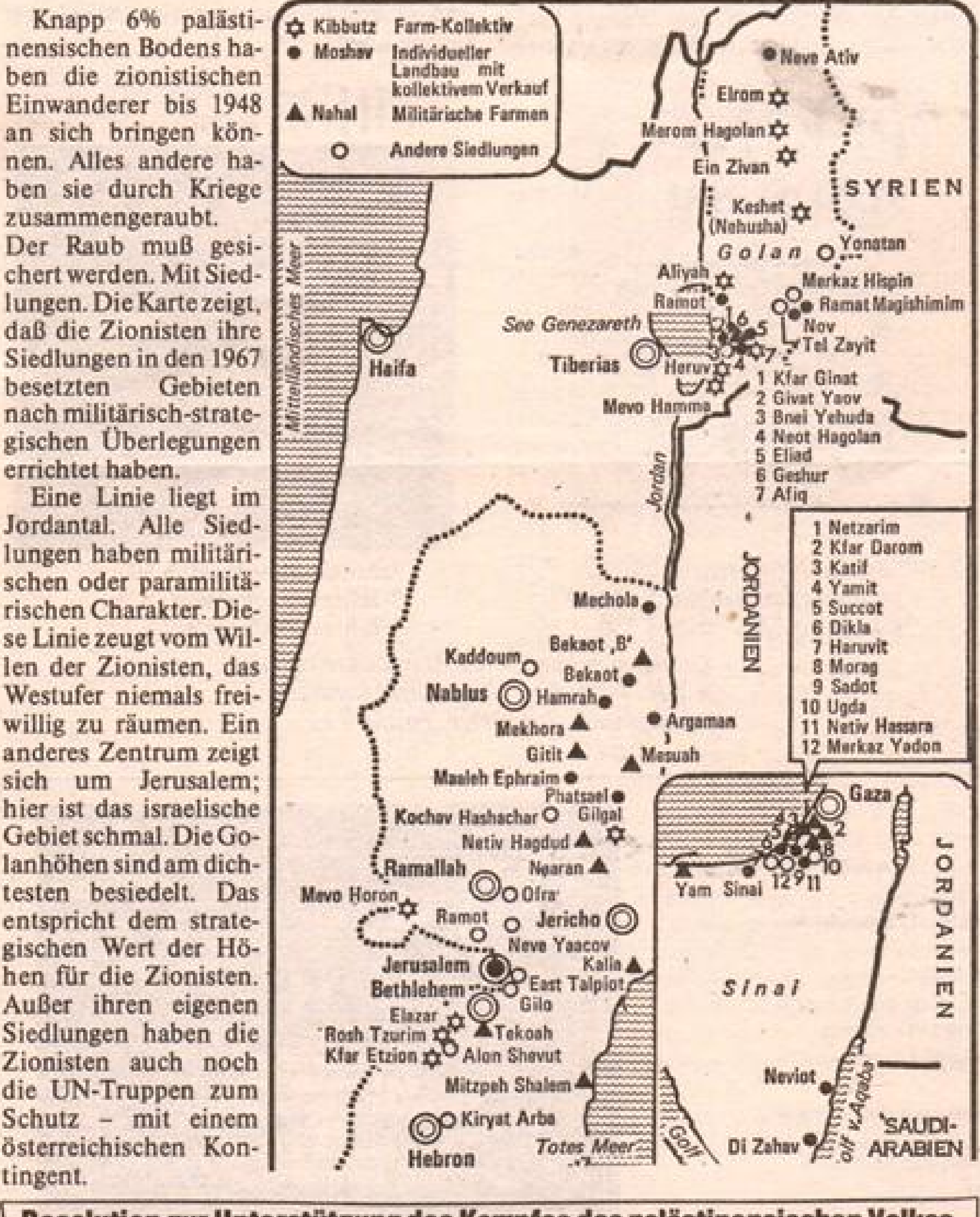
Der palästinensische Befreiungskampf zielt ab auf die Zerschlagung des israelischen Siedlerstaates. Ein demokratischer Staat, ohne rassistische Exklusivität, der nicht Vorposten des Imperialismus ist, ist das nächste strategische Ziel der Revolution.

Die Liquidierung der palästinensischen Revolution war immer noch zentraler Bestandteil jedes imperialistischen Angriffs auf die arabischen Völker. Der US-Imperialismus hat seine bisher alle gescheiterten Pläne zur Vernichtung der PLO nicht aufgegeben – er ist bloß nicht imstande dazu. Auf der anderen Seite hat der sowjetische Sozialimperialismus mit dem Libanonkrieg auf eine Unterordnung der PLO unter seinen Hegemonismus gesetzt und auf diese Art versucht, dem palästinensischen Volk seine Kampforganisation aus der Hand zu schlagen. Und ist gescheitert. Ebensolche Unterordnungen erhoffen sich die Sozialimperialisten, wenn sie von einem Palästinenserstaat sprechen. Ein unabhängiger palästinensischer Staat, erklärte Abu Iyad vom Zentralkomitee der Fatah, wird kein sowjetischer Stützpunkt sein.

Der israelische Siedlerstaat hat in den dreizehn Jahren unter den Schlägen des palästinensischen Volkes gelitten. Wenn er sich heute weigert, auch nur eine Siedlung auf arabischem Gebiet aufzugeben, so deshalb, weil seine Schwäche kein einziges Zugeständnis zuläßt, weil sie seinen Untergang beschleunigen und die innere Zersetzung vorantreiben würde. Genauso verhält es sich mit den Imperialisten, die den Siedlerstaat brauchen. Nichtsdestoweniger hat die PLO die verschiedenen Widersprüche im feindlichen Lager des Zionismus und Imperialismus ausgenutzt für die Revolution. Im Kampf um die Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung liegt ein wichtiger Beitrag des österreichischen Volkes zum Sieg der palästinensischen Revolution.

Knapp 6% palästinensischen Bodens haben die zionistischen Einwanderer bis 1948 an sich bringen können. Alles andere haben sie durch die Kriege zusammengeraubt. Der Raub muß gesichert werden. Mit Siedlungen. Die Karte zeigt, daß die Zionisten ihre Siedlungen in den 1967 besetzten Gebieten nach militärisch-strategischen Überlegungen errichtet haben.

Eine Linie liegt im Jordantal. Alle Siedlungen haben militärischen oder paramilitärischen Charakter. Diese Linie zeugt vom Willen der Zionisten, das Westufer niemals freiwillig zu räumen. Ein anderes Zentrum zeigt sich um Jerusalem; hier ist das israelische Gebiet schmal. Die Golanhöhen sind am dichtesten besiedelt. Das entspricht dem strategischen Wert der Höhen für die Zionisten. Außer ihren eigenen Siedlungen haben die Zionisten auch noch die UN-Truppen zum Schutz – mit einem österreichischen Kontingent.



Resolution zur Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes

40 beim Vortrag des Vertreters der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bei den UN-Organisationen in Wien, Dr. Wadi Hussein, an der Innsbrucker Universität Anwesende,

unterstützen den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes für seine nationalen Rechte, insbesondere für die Errichtung eines unabhängigen, demokratischen, nicht-konfessionellen Staates im gesamten Gebiet seiner Heimat,

unterstützen die PLO als einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes.

Wir fordern daher von der österreichischen Bundesregierung,

– die Resolution Nr. 3236/1974 der UN-Vollversammlung praktisch anzuerkennen und alles zu ihrer Verwirklichung beizutragen;

– alle Formen der Hilfe und Zusammenarbeit mit dem zionistischen rassistischen System abzubrechen und alle Kontakte mit ihm und seinen Institutionen abzulehnen;

– auf internationaler Ebene, insbesondere in der UNO, die gerechten Forderungen des palästinensischen Volkes zu unterstützen;

– die PLO als einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen;

– insbesondere: die sofortige Eröffnung eines Büros der PLO in Österreich zu gestatten.

Innsbruck, 17. 1. 1978